Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 1/2 vom 11. Januar 1985 19. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

Gifttod

Im Alter von 80 Jahren starb in der letzten Woche Elli P. aus dem niederländischen Groningen. Erstikkungstod. Ursache: Sie hatte beim WC-reinigen zwei verschiedene Reiniger zugleich benutzt. Deren chemische Reaktion ergab eine Giftwolke, die sie erfaßte und erstickte.

Für die Hersteller wird dieser so eindeutige wie tragische Fall nach wie vor kein Grund sein, auf ihre Propagandakampagne zu verzichten, die besagt, daß alle Kritik an ihren Mittelchen pure Schwarzmalerei sei — wie immer in solchen Fällen, zumindest solange die Eindeutigkeit der Beweise nicht erdrückend ist.

Der Tod einer alten Frau wird diese Geschäftemacher nicht dazu bringen, Gefahren einzugestehen.

Abstieg

Die Augenzeugen sagen, er war's. Der frühere FDP-Chef von Rheinland-Pfalz und Geschäftsführer der pharmazeutischen Industrie Hans Otto Scholl als Juwelenräuber. Und das, nachdem die Landesregierung alles getan hat, um Ermittlungen gegen das Nochmitglied des FDP-Landesvorstands zu verhindern — wegen Geschäften auf eigener Kappe.

Ist dies nicht ein Beweis, wie tragisch es einem geht, der geopfert wird, von den Trögen verdrängt? Wenn Barzel nicht Flicks Sozialhilfe gekriegt hätte, als der Kohl den Weg freikaufte ...

Die Landesregierung jedenfalls, die vor wenigen Wochen noch lautstark für diesen Mann tönte und ihre übliche Presseschelte betrieb, hat sehr plötzlich unt total konsequent auf Funkstille geschaltet. Der Pfälzer Vogel möchte ungern Mitabsteiger werden ...

Joe Holmes

Folgende vier Veranstaltungen mit dem NUM-Vertreter in der BRD finden zur Solidarität mit den britischen Bergarbeitern im Großraum Bodensee mit Unterstützung des DGB statt:

*In **Waldshut** am 14.1. (Ort noch unbekannt), in **Singen** am 15.1. (Hotel Wiederholt, 20 Uhr), in **Konstanz** am 16.1. (Domhotel St. Johann, 20 Uhr), in **Friedrichshafen** am 17.1. (Hotel Sonne, 20 Uhr)*

Privatfernsehen ab 1. Januar

Springers „schöne neue Welt" ist da

Seit dem 1. Januar 1985 befinden wir uns in einem neuen Medienzeitalter. Das war der einhellige Tenor von Verlagskonzernen, Filmwirtschaft und Unternehmerverbänden — das Echo auf den Sendebeginn von „SAT 1", dem ersten — grundsätzlich bundesweiten — privaten TV-Programm. Vorbei die Zeit bloßer lokaler Tests, vergessen bereits sogenannte Kabel-Pilotprojekte, es gibt SAT 1. Ein bundesweites Programm, über Satellit, zu empfangen über Kabelanschluß.



Von allen kapitalistischen Kreisen, die besonders an dieser Veränderung interessiert sind und seit langem dafür arbeiten, wurde eben der Sendebeginn von SAT 1 als entscheidender Einschnitt gesehen. Eben weil es das erste rein private Programm ist, das — sofern verkabelt — bundesweit empfangen werden kann.

Die erste Woche Programmstruktur macht denn auch vieles deutlich, was vorher gemutmaßt wurde: Schema F. Zwei alte Spielfilme pro Tag, zwei amerikanische Fernsehserien, Unterhaltungsmagazine und Nachrichten von Springer.

Die Beteiligung und die entsprechende Arbeitsteilung ist eindeutig. Das Springer-Fernsehen liefert Traumbootserien und die Nachrichten (über die „Aktuell Pressefernsehen" APF, die von der Bundespost so schöne Rabatte bekommt und an der Springer direkt zu 35 Prozent Großaktionär ist, indirekt sogar noch mehr). Die Wirtschaftsmagazine liefert Holtzbrinck (Fischer Verlag, Rowohlt) zum Teil gemeinsam finanziert mit den verschiedenen Unternehmerverbänden. Burda liefert die Männersendungen, auch Arztserien und „Bravo" kommen nicht zu kurz.

60 Prozent des Programms gestaltet die PKS (die bereits die Lokalsender in Ludwigshafen und München betreibt) in der ebenfalls die Großverlage in leicht veränderter Zusammensetzung die Teilhaber sind, die FAZ ist auch dabei.

Forsetzung auf Seite 3

Treffen Shultz/Gromyko

Genfer Verhandlungen als TV-Spektakel

In Genf, so berichteten verschiedene Journalisten in den letzten Tagen, sehe es aus, wie in Sarajewo vor einem Jahr. Damals war die jugoslawische Stadt aus Anlaß der Winterolympiade von amerikanischen Fernsehgesellschaften regelrecht belagert worden — diesmal sind es alle drei statt nur einem Fernsehriesen, die anwesend sind. Wenn auch unfreiwillig, so wird dadurch doch auch der wahre Charakter dieser Gespräche sichtbar: Ein Show-Ereignis.

Üppigst blühen in diesen Tagen die Spekulationen um das Treffen der Außenminister der beiden Großmächte. Da wird über „amerikanische Fraktionen" zwischen Außen- und Kriegsministerium ebenso gemutmaßt, wie darüber, wer wohl wem und wann in Moskau ein Bein stellen will ...

Vor allem aber soll der Eindruck geschaffen werden: Nun verhandeln sie wieder, also wird alles gut. Der Streit geht dann darüber, wie schnell denn alles „vorwärtsgehen werde".

Dabei gilt es doch zunächst einmal, unbestreitbare Fakten festzuhalten. Erstens ist, vor allem von amerikanischer Seite, aber auch von sowjetischer bereits unterstrichen worden, daß bei diesen Gesprächen, die nun in Genf beginnen, keine konkreten Ergebnisse erwartet werden können. Bestenfalls, so der sachliche Tenor, könne es darum gehen, einen Rahmen für weitere Treffen abzustecken. Nun gut — dies könnte ja zutreffen, es ist zunächst nur ein Abstrich, eine „Muster-ohne-Wert"-Erklärung für zahlreiche Unterstellungen, nun käme eine Friedensära.

Zweitens: Die US-Regierung hat nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig gelassen bei ihrer Erklärung, es werde nicht um Inhalte der Rede Reagans vom März 83 verhandelt — jene Rede, in der er sein sogenanntes Star-war-Programm verkündete. Die Weltraumwaffen sollen außen vor bleiben.

Fortsetzung auf Seite 3

In Bad Tölz

100 Bomben unterm Arsch ...

Die Bundesregierung wollte sich nicht dazu äußern, Vertreter der US-Army bzw. des Pentagon war die ganze Aufregung unverständlich, denn es handelte sich ja um längst bekanntes: Es dreht sich um die angeblich rund 100 kleinen, durch Fernbedienung zündbaren Atombomben (offiziell gelten sie als Atomminen) die in Bad Tölz gelagert sein sollen.

Über Standorte wurde einmal mehr nichts zugegeben, aber die Existenz dieser Dinger auch nicht entfernt dementiert. Was eigentlich den Schluß nahelegen würde, daß es sich noch um viel mehr davon handelt. Sie gehörten jedenfalls nicht zu den „veralteten" Waffen, die abgezogen wurden im Gegensatz zu ihren „größeren Brüdern", die per Auto transportiert werden müssen.

Die Aufregung — nicht nur in Bad Tölz — ist verständlich, handelt es sich doch schließlich um eine überdeutliche Demonstration dessen, wie der atomare Krieg auf bundesdeutschem Boden ausgetragen werden soll. Ein Hinweis auch darauf, daß selbst bei den wenigen sogenannten Verteidigungswaffen das NATO-Konzept genauso volksfeindlich und reaktionär ist, wie in seinen überwiegenden aggressiven Maßnahmen.

Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, was denn noch alles an Waffen auf westdeutschem Boden gelagert wird, wo ja schon die höchste Konzentration an atomaren und chemischen Waffen der ganzen Welt besteht. Die Wahrscheinlichkeit, daß bisher Bekanntes immer noch erst, trotz des großen Umfangs, sozusagen die Spitze des Eisberges darstellt, wird mit jeder neuen Nachricht größer.

Wenn jetzt von verschiedener Seite, vor allem aus SPD-Kreisen, die Existenz solcher Waffen als skandalös und ähnlich bezeichnet wird, so kann dies nicht vergessen machen, daß solche Waffen weder eine Besonderheit sind (sondern genau in die Konzepte passen) noch daß es sie schon in der Zeit vor der Wenderegierung gab ...

Bundesanstalt für Arbeit meldet Rekordüberschuß

Jetzt 3 Monate Sperrfrist

Für Arbeitslose, die ihre Arbeitslosigkeit, wie Bonn es nennt, „schuldhaft herbeigeführt" haben, wird ab 1. Januar die Sperrfrist um vier Wochen auf insgesamt 12 Wochen verlängert. Die Sperrfrist, also die Zeit, in der man noch kein Arbeitslosengeld erhält, wird auf die Anspruchsdauer für Arbeitslosengeld angerechnet.

Wer also eigentlich Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld hätte, erhält nach der dreimonatigen Sperrfrist also nur noch neun Monate Arbeitslosengeld. Als „schuldhaft herbeigeführt" gilt Arbeitslosigkeit etwa dann, wenn man selbst gekündigt hat



oder wenn man fristlos entlassen wurde. Die Ausweitung der Sperrfrist ist bis Ende 1989 befristet.

Der Grund für diese Maßnahme ist offenkundig: noch mehr Arbeitslose sollen vom Arbeitslosengeld ausgegrenzt werden. Am 19. Dezember letzten Jahres konnte die Bundesanstalt für Arbeit melden, sie habe allein in den Monaten Juli bis Oktober 1984 einen Überschuß von 2,25 Milliarden Mark gemacht — eine Milliarde mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Diese, wie es hieß, „günstige finanzielle Entwicklung" wurde darauf zurückgeführt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, mit 35 Prozent um 6 Prozent gegenüber 1983 zurückgegangen sei.

In absoluten Zahlen: von den nach wie vor über zwei Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen beziehen nur gut 700000 Arbeitslosengeld. Bereits heute sind also zwei Drittel der Arbeitslosen auf Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe angewiesen.

Hauptgrund ist der Anstieg der Dauerarbeitslosigkeit. Aber den Herren in Bonn und Nürnberg reicht das offensichtlich noch lange nicht: der neue Dreh mit den Sperrfristen soll noch mehr Kolleginnen und Kollegen vom Arbeitslosengeld ausschließen nach dem Motto: es muß immer mehr Arbeitslosen immer dreckiger gehen, damit es der Bundesanstalt für Arbeit gut geht. Auch eine Methode, das System der Arbeitslosenversicherung faktisch Schritt für Schritt zu liquidieren.

Es wird Optimismus gepredigt

Anmerkungen zur wirtschaftlichen Lage

Der neue BDI-Chef Langemann gab in seinem ersten Interview den Ton an: Die wirtschaftliche Entwicklung des vergangenen Jahres sei gut gewesen, im nächsten Jahr werde es noch besser. Damit stieß er — natürlich — in ein Horn mit der Bundesregierung, dem „Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung" und der Mehrzahl der Wirtschaftsforschungsinstitute, die den verschiedenen Unternehmerverbänden nahe stehen.

Eine solche eindeutige Stellungnahme kapitalistischer Kreise zum Jahreswechsel war in dieser Art nicht ohne weiteres vorauszusehen. Immer wieder waren im vergangenen Jahr Stimmen laut geworden, die der Regierung vorgeworfen hatten, mit der „Wende" gehe sie nicht weit genug. Besonders laut äußerten dies Kreise aus dem mittelständischen Unternehmertum und solche Organisationen wie der Bund junger Unternehmer, aber auch Vertreter einzelner Konzerne. Zur Jahreswende sind diese Stimmen verstummt.

Wie sieht es aber demnach mit der wirtschaftlichen Entwicklung aus, als deren Hauptergebnis zahlreiche Umfragen usw. einen wachsenden Optimismus in vielen Kreisen der Bevölkerung ausmachten? Hat die Politik der Bundesregierung denn nun etwa tatsächlich den einst versprochenen Aufschwung für alle gebracht?

Zunächst einmal sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Selbst wenn man sich nur auf die Betrachtung offiziell angegebener Zahlen beschränkt, ohne sie zu hinterfragen oder nachzuprüfen, wird dies deutlich. Die Zahl der Arbeitslosen ist nicht gesunken — im Jahresdurchschnitt waren 2,27 Millionen Menschen ohne Arbeit registriert. Geringfügige Verschiebungen werden durch das Anwachsen von „Dunkelziffern" ausgeglichen.

Die Bruttoeinkommen aus Arbeitnehmertätigkeit sind um 3,5 Prozent, die Nettoeinkommen um 2,0 Prozent gestiegen, das liegt unter der Preissteigerungsrate von 2,5 Prozent und bedeutet, durchschnittlich, einen erneuten Einkommensverlust. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit stiegen um 7,0 Prozent, die Nettoeinkommen um 7,5 Prozent.

Bis hier hin also doch eine eindeutige Bilanz, bei der die Tatsache, daß bei Unternehmereinkommen der Nettoverdienst stärker anstieg als der Bruttoverdienst auf das Wirken eben der Regierung zurückzuführen ist. Sie trug also zu wachsenden Gewinnen, die verstärkt privat abgeschöpft wurden, bei.

Das von verschiedenen Seiten vorausgesagte Wachstum des —zweifelhaften — Sammelfaktors „Bruttosozialprodukt" traf zwar ein, wie zu Beginn 84 im Durchschnitt vorausgesagt. Aber eben nur,weil sich zwei große Fehlschätzungen ausglichen. Positiv war vor allem die Entwicklung des Exportgeschäfts, das um 7 Prozent zunahm. Ein Faktor, für den die Bundesregierung wahrlich nichts kann, denn die Zahl der von ihr bewilligten Hermes-Kredite für Exportgeschäfte sank deutlich ab (während ihre Zahlungen von früheren Bürgschaften deutlich zunahmen). Die viel beschworenen Investitionen der Kapitalisten aber waren fast Fehlanzeige. Die Ausrüstungsinvestitionen etwa stiegen um 1 Prozent, Investitionen insgesamt um 1,5 Prozent — die Prognosen hatten hier im Durchschnitt bei 5 Prozent gelegen, der Sachverständigenrat hatte gar 6,5 Prozent vorausgesagt.



Die Formel der konservativen Regierung für die Wirtschaftspolitik, mehr Gewinne, mehr Kapital, mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze stimmte also bereits hier nicht. Noch weniger stimmt sie für die Arbeitsplätze, denn auch im letzten Jahr waren 53 Prozent aller Investitionen Rationalisierungszwecken zugeschrieben. Der Anteil von Erweiterungsinvestitionen stieg zwar an, aber nur von 18 auf 22 Prozent — Ende der 70er Jahre waren es rund 40 Prozent gewesen.

Warum dennoch auf Optimismus gemacht wird, ist zunächst einsichtig. Daß die Bundesregierung dies tut, ist naheliegend. Daß die Kapitalisten dies nun auch so weitgehend einmütig tun, hat neben dem deutlichen Aufschwung der Gewinne (und Dividende) auch mit politischen Überlegungen zu tun, diese Regierung nach all den Ereignissen des letzten Jahres zu stabilisieren.

Diese regelrechte Optimismuskampagne sowie das Stagnieren der Arbeitslosenzahlen, die im Vergleich zum Vorjahr abgesunkene Teuerungsrate haben natürlich auch Auswirkungen auf die Stimmung von Teilen der arbeitenden Bevölkerung, die es schlechter erwarteten.

Das Bleibende ist dennoch, daß trotz Exportanstiegs um 7 Prozent, trotz wachsender Produktion usw. die Zahl der Arbeitslosen real betrachtet gleich geblieben ist. Sicher gab es in verschiedenen Branchen Neueinstellungen, gab es auch erste Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzung — aber die These von den Marktkräften, die schon alle Probleme regeln würden ist nach diesem Wirtschaftsjahr 1984 nicht haltbarer geworden.

Das Wirtschaftswachstum, nicht zustandegekommen durch bürgerliche Wirtschaftspolitik, sondern durch die zyklische Entwicklung des Kapitalismus, hat also dafür gesorgt, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich weiter anstieg. Das bedeutet zunächst einmal, daß der nächste zyklische Niedergang auf einem geringeren „Sockel" an Arbeitslosen stattfinden wird, als etwa von gewerkschaftlicher Seite befürchtet — riesengroß aber wird dieser „Sockel" immer noch sein.

Sicher gäbe es bei einer umfassenden Betrachtung der Lage noch vieles zu sagen und anzumerken. Verschiedenheiten in Branchen, in Regionen etwa, geplante Investitionen in neuen Techniken und anderes mehr.

Will man aber, wie es hier die Absicht ist, zu einer politischen Beurteilung der Lage und des Wirkens der Bundesregierung kommen, so muß vor allen Dingen die Entwicklung von Armut in der BRD hervorgehoben werden.

So sehr das Ministerium Blüm auch gegen neue Veröffentlichungen aus Untersuchungen zur sozialen Lage von Arbeitslosen protestieren mag — es gibt keine andere Feststellung als die, daß die Bonner Politik, wie sie mit der Schmidt/Lambsdorffschen „Operation 82" begonnen wurde, tatsächlich dazu führt, daß Armut sich ausbreitet, daß für Teile der Bevölkerung ein Prozeß der Verelendung eingesetzt hat, der zunehmend massiv voranschreitet. (Siehe dazu auch Artikel auf dieser Seite).

War es schon zynisch genug, in früheren Zeiten etwa Rentner als Randgruppe zu bezeichnen und damit den Sachverhalt so hinzustellen, als wäre Armut in der BRD ausschließlich eine Frage von besonderen Kleingruppen, so läßt sich heute eine solche Behauptung auch dem Anschein nach nicht mehr aufrechterhalten. — es betrifft immer mehr Arbeitslose.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Verelendung von Arbeitslosen:

Das amerikanische Modell . . .

Der für das vergangene Jahr verzeichnete bescheidene Wirtschaftsaufschwung entpuppt sich zum Jahresende 1984 offensichtlicher denn je als eine Entwicklung, die dem „Modell USA" nachempfunden ist. Aufschwung der Wirtschaft mit Rekordprofiten fürs Großkapital, ein Stückchen vom Kuchen für den sogenannten Mittelstand, einige Brosamen (vielleicht) für Teile der Werktätigen — und eine recht große Anzahl „Ausgeschlossener", die der Verelendung anheim fallen.

Ähnlichkeiten mit einer solchen Vorgehensweise in den USA, der Ausgrenzung und verschärften Verarmung eines Bevölkerungsanteils in Millionenhöhe, eines solchen wirtschaftlichen Prozesses, der bewußt politisch unterstützt wird, gibt es eben auch in der Bundesrepublik.

Was in Amerika mit krassesten im Vergleich der sogenannten Reagan-Jugend zum Großteil der farbigen Bevölkerung, aber auch zu einem deutlich gewachsenen Teil der weißen Arbeiterschaft sichtbar wird (und von einer Reihe dortiger Gewerkschaften etwa bewußt unterstützt wird) ist — mehr als nur ansatzweise — auch hierzulande sichtbar.

Das macht sich an nackten Zahlen fest: In zehn Jahren sank der Anteil der registrierten Arbeitslosen, die normales Arbeitslosengeld beziehen von 77 auf nur noch 35 Prozent. Die Höhe dieses Arbeitslosengeldes ist seit der Operation 82 (Wegfall von Einberechnung von Überstunden, Zulagen, usw.) auf 61 Prozent abgesenkt worden, für ledige, kinderlose Arbeitslose gar auf nur noch 57 Prozent. Für diesen Kreis ist die Arbeitslosenhilfe gar auf ganze 50,6 Prozent im Durchschnitt abgesunken und sie stellen mehr als ein Viertel aller Arbeitslosenhilfebezieher...

Das sind nur die generellen Zahlen — wie viele Ansprüche von vornherein herabgesetzt werden, Berechnungsbeträge willkürlich gesenkt, das kann niemand wirklich berechnen.



Diese, längere Zeit arbeitslosen Menschen, stellen zusammen mit Sozialhilfeempfängern (der Anteil der Männer daran ist deutlich gewachsen) und Kleinrentnern das Gros derjenigen, die in der BRD der 80er Jahre verarmen.

Und die Politik der heutigen Bundesregierung setzt, wie überall anders im sozialen Bereich auch, die Kürzungen ihrer SPD/FDP-Vorgängerin nicht nur fort, sondern sägt immer mehr an den Grundsäulen. Mit der Beschneidung der Zahlungen an kinderlose Arbeitslose wurde bereits im vorletzten Jahr ein weiterer entscheidender Einschnitt getan. 1985 kommt als jüngstes Blümsches Machwerk die Verlängerung von Sperrfristen und ihr Abzug von der Zeit der Anspruchsberechtigung hinzu. „1 Jahr Arbeitslosigkeit" gehört damit auch offiziell endgültig der Vergangenheit an, (siehe auch Seite 1).

Damit ist jede Grundlage gelegt, diesen Verarmungsprozeß weiter zu beschleunigen. Die Antworten von Blüm und Co. auf diesbezügliche Kritiken zur Jahreswende können eigentlich nur als zynisch und verlogen bezeichnet werden. Die als Errungenschaft gefeierten Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit ergeben sich schließlich aus nichts anderem als den jahrelangen Kürzungsschritten.

Wer alt ist oder arbeitslos, der kann sich nicht wehren, der kann ruhig verelenden. Das „läuft" schon. Der nächste Schritt ist dann die Krankheit — auch hier gilt das Modell USA. Zwar bezahlen die bundesdeutschen Kapitalisten am drittwenigsten an Lohnanteilen für den sozialen Bereich (sogenannte Arbeitgeberanteile, Lohnfortzahlung) mit etwa 13,3 Prozent des BRD-Gesamtaufkommens. Alle anderen EG-Staaten liegen bei einer solchen Quote von über 15 Prozent, Frankreich gar bei 22,5 Prozent. Aber in den USA sind es eben nur 5,8 Prozent.

Was für „Schwerbeschädigte" längst eingeleitet wurde, das soll möglichst bald nun auch für Kranke vollzogen werden: Weg frei zum Absturz in die Armut, dann wäre das „Modell Amerika" nachgeahmt.

Da es ja auch in Großbritannien funktioniert (bis auf die bösen streikenden Bergarbeiter) sehen Westdeutschlands Kapitalisten und ihre Bonner Schwalter offensichtlich keinen Grund, warum es nicht auch in der BRD funktionieren sollte.

Wachsende Auseinandersetzungen in diesem Bereich, von der betroffenen Bevölkerungsschicht ausgehender Widerstand — alles das wird anscheinend in Bonn wenig gefürchtet. Man wird sehen.

Bophal-Debatte im Bundestag

BRD-Chemiekonzerne riskieren etwas: Menschenleben

Auf Antrag der Grünen fand im Bundestag noch vor Weihnachten eine „aktuelle Stunde" aus Anlaß der Giftgaskatastrophe im indischen Bophal statt. Die Fragen der Grünen zielten dabei sowohl auf die Zustände in der BRD als auch auf den Kapitalexport der BRD-Chemiekonzerne.

Die Debatte war auf jeden Fall ein Beitrag dazu, daß die in solchen Fällen übliche Kampagne „mit deutschen Schutzvorschriften wär das nicht passiert..." nicht so einwandfrei über die Bühne ging. Gefährliche Produkte werden auch in der BRD in Mengen hergestellt, die BASF in Ludwigshafen ist ein Zentrum solcher Abläufe. Völlig überflüssigerweise (bzw. aus rein kapitalistischen Gründen) werden solche Giftstoffe auch en masse von der Bundesbahn transportiert.

Daß bei der Debatte die Vertreter der Regierungsparteien einmal mehr nahezu in die Rolle von Pressesprechern der Konzerne verfielen kann nur den erstaunen, der die engen politischen Bindungen etwa zwischen Kohl und der BASF nicht kennt. Daher waren die Gegenargumentation der CDU/CSU und FDP einfach: Mehr Vorschriften bedeuten mehr Bürokratie und dies ist von Übel, fertig. Man muß nur die Konzerne selbst machen lassen, die werden es schon richten...

Wer, wie es im letzten Jahr geschah, ein AKW in der Türkei baut, mit Sicherheitsvorkehrungen, die deutlich unter den hierzulande üblichen Mindestvorschriften liegen, wer seit Jahren glänzende Chemiegeschäfte in den Ländern der dritten Welt macht, bei dem braucht es nicht zu verwundern, wenn er Bophal hin oder her (wie einst: Seveso hin oder her) auf die unbeeinträchtigten Fortsetzung dieser Geschäftemacherei beharrt. Schon vor drei Jahren war die BRD-Chemie größter Exporteur von Pestiziden mit einem Umfang von rund 2 Milliarden Mark. Diese Position wurde seitdem weiter ausgebaut.

Beinahe die Hälfte aller chemischen Sachanlagen der BRD befindet sich heutzutage bereits im Ausland. Die ausländischen Chemieinvestitionen im Katastrophenland Indien etwa werden zu rund einem Drittel von der BRD getätigt. In der Chemobranche, kurz zusammengefaßt, sind die BRD-Konzerne weltweit die Nummer 1, vor den USA. Von daher die besondere Aufmerksamkeit für solche Fragen.

In der Debatte im Bundestag forderten die Grünen die Bekanntgabe der Produktionsstandorte gefährlicher Chemikalien in der BRD und die Anwendung der in der BRD geltenden Bestimmungen auch beim Export von Technologie. Die SPD forderte ein Exportverbot für alle jene Produkte, die auch in der BRD nicht zulässig sind.

Dagegen tat sich im Laufe der Debatte vor allem die FDP hervor, die gleichartige internationale Vorschriften forderte — natürlich wegen der „Wettbewerbsfähigkeit" der deutschen Chemieindustrie. Eine Position im übrigen, die jener der Mehrheit auf dem letztjährigen Kongreß der IG Chemie, Papier, Keramik sehr nahe kommt. Dort war ebenfalls die Forderung nach international „vergleichbaren Bestimmungen" erhoben worden — an das Risiko, auch und gerade für die Belegschaften, wurde weitaus weniger gedacht.

Eine Eindämmung der kapitalistischen Willkür in diesem Bereich kann sich, ähnlich wie auch in Umweltfragen beispielsweise, nur durch die Einführung des sogenannten Verursacherprinzips ergeben — das heißt, daß die Chemiekapitalisten Schäden (so weit dies überhaupt geht) Untersuchungen und Schutzmaßnahmen bezahlen müssen. Übrigens: Die Chemiekonzerne gehören zu den Hauptprofiteuren der letztjährigen wirtschaftlichen Entwicklung...

Springers „schöne neue Welt" ist da

Fortsetzung von Seite 1

APF-Springers Nachrichtensendung „Blick" dreimal täglich ist die einzige „Nichtkonserve", die im Programm angeboten wird, das übrigens, ganz britisch, mit der Nationalhymne beendet wird.

Der Inhalt ist eindeutig durch die offiziellen Verlautbarungen der Gesellschafter umschrieben: Vielfalt und positiver Journalismus. „Bildzeitung" auf dem Fernsehschirm — das wäre ohne Zweifel zu kurz gegriffen, denn selbstverständlich werden auch gute Filme gesendet, gibt es auch höheres Niveau, FAZ eben.

SAT 1, das machen Zusammensetzung und erste Sendewoche eindeutig klar, das ist der Kanal der Großkonzerne im Verlags- und Pressewesen. SAT 1 ist der Anfang, so jubeln sie, und der nächste Schritt, neben der systematischen Ausweitung, ist das ohne Kabel empfangbare Satellitenprogramm. Sie haben ein lange Jahre verfolgtes Ziel erreicht, deshalb die deutliche Zufriedenheit, selbst wenn alle Beteiligten davon ausgehen, daß unmittelbar nichts damit zu verdienen ist. Der Grundstein für die schöne neue Fernsehwelt ist gelegt.

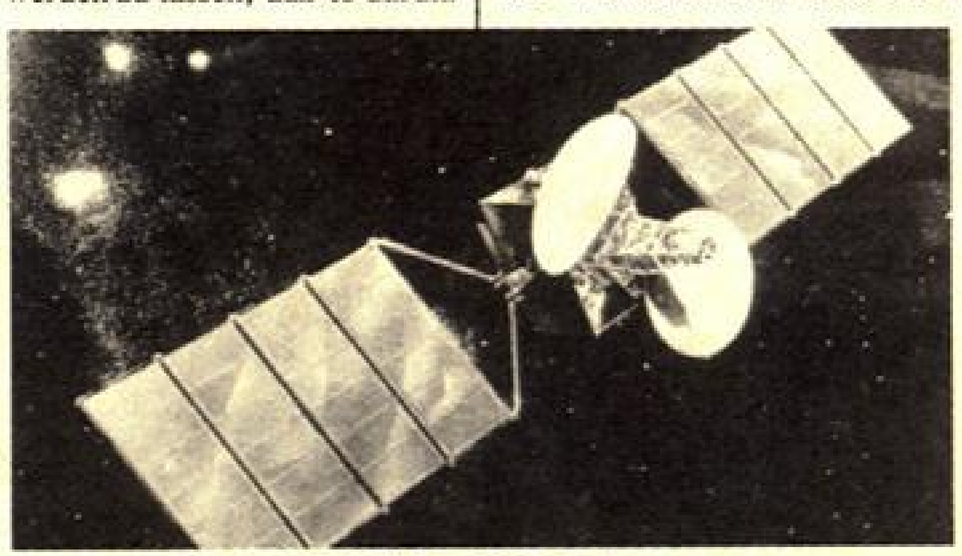
Sicher gibt es noch manchen Stolperstein aus dem Weg zu räumen. Der am Schlenker der SPD in der Zielkurve gescheiterte Staatsvertrag der Bundesländer über die neuen Medien beispielsweise — da bleibt einiges offen. Aber in den verschiedenen CDU-regierten Ländern werden diesbezüglich Nägel mit Köpfen gemacht und längst ist es nicht nur Hamburg von den SPD-Ländern, das mitzieht — die Saar-SPD Lafontaines hat sich ebenfalls positiv zum geplanten CDU-Saar-Gesetz geäußert. Die Sache ist nun imGang — so sagte es ein Sprecher von SAT 1.

Und in Wirklichkeit gab es ja auch, außer technischen Problemen und dem Streit über die Aufteilung des Kuchens wenig Widerstand zu überwinden. Mit dem Regierungsantritt Kohls beispielsweise wurde erstmals in der Geschichte der BRD ein Mann Bundespostminister, der sich zuvor ausgesprochen als Medienpolitiker profiliert hatte (von eigenen Interessen einmal ganz abgesehen). Von daher war die Beschleunigung, die er, unter anderem durch Preispolitik, betrieben hat, nicht erstaunlich.

Als die Frage allmählich heiß wurde, orientierte der SPD-Parteivorstand zusehends auf Bejahung. Gewerkschaftliche kritische Positionen — die aber, vielleicht mit Ausnahme einiger Bereiche der IG Drupa ausschließlich auf dem Papier geblieben waren — wurden dafür kurzerhand beiseite gewischt. Dabei wurde oft genug Kabel- und Privatfernsehen in einen Topf geworfen, als wäre es automatisch dasselbe, wofür es nun wirklich keinen Grund gibt, außer dem Geschäftsinteresse (und dem politischen) der Betreiber.

Die Position, allein auf die Verteidigung des bestehenden „öffentlich-rechtlichen" Rundfunksystems zu orientieren, erwies sich dabei als wenig nützlich. Dies nicht nur aufgrund der ewigen Kampagne der Reaktion und der Unternehmer, die sich ja bereits beim leisesten kritischen Wort verfolgt fühlen — Stichwort WDR gleich Rotfunk. Sicher hat eine solche Kampagne auch gewisse Auswirkungen. Und daß es den Privat-TVlern in erster Linie darum geht, den WDR zu übertrumpfen, das größte Radio Europas, das haben sie selbst gesagt. Zu viel zensurähnliche Vorfälle der letzten Jahre wurden bekannt, um nicht deutlich werden zu lassen, daß es darum se Herrschaften nicht, sie wollen jeden Kanal nutzen, um ihre Botschaft zu verkünden.

Ihr Ziel ist es selbstverständlich auch — und für die nächste Zeit wohl vor allem — durch ihr eigenes Programm in ihrem Sinne Druck auf ARD, ZDF und dritte Programme auszuüben, damit diese sich noch mehr ihren Wünschen annähern. Pro-



Modell des TV-Satelliten

grammvielfalt — sollte es denn wirklich ein Massenwunsch sein — läßt sich auch anders herstellen.

Die Vielfalt, die auf diesem Weg entstehen soll, ist die Auswahl zwischen zweiundzwanzig US-Krimiserien und den Nachrichten à la Springer, Bertelsmann oder Bayerischer Rundfunk.

Jede Politik, die gegen die Interessen der Kapitalisten gerichtet ist, muß folglich als Ausgangspunkt die Zielsetzung haben, dieses private Kapitalistenfernsehen wieder abzuschaffen. Wer gegen die „Bildzeitung" ist, muß auch gegen SAT 1 sein.

gehen mußte, als Gegenposition gegen das kapitalistische Privat-TV eine weitere Demokratisierung der bestehenden Anstalten zu fordern. Niemand kann etwa ernsthaft behaupten, Kapital, Klerus und Reaktion hätten nicht übermächtigen Einfluß in ARD und ZDF. Was ihnen eben nicht genügt, sie wollen ihr eigenes, völlig kritikfreies Fernsehen — nun haben sie es bekommen. Deswegen werden sie natürlich nicht (was sie ja müßten, wenn sie ihre eigene Parole von der gesunden Konkurrenz auch nur einen Funken ernstnähmen) auf ihren Einfluß in den „alten" Anstalten verzichten, nein so ehrlich sind die-

Genfer Verhandlungen als TV-Spektakel

Fortsetzung von Seite 1

Drittens soll, so wurde es halboffiziell kolportiert, über Angriffs- und Verteidigungswaffen getrennt gesprochen werden — was aber erst noch genauer definiert werden müßte.

Meinungsmacher selbst eine solch bescheidene Forderung wie die nach dem „Einfrieren" der gegenwärtigen Projekte als absolut utopisch erscheint — oder sie es so erscheinen lassen wollen. Auch dieser Zustand ist mit ein Ergebnis eben jener von



Gromyko mit Reagan, letztes Jahr: nichts Neues

Alle diese, hier kurz zusammengefaßten, aktuellen Aussagen weisen in ihrer Summe denn doch sehr eindeutig darauf hin, daß sich diese Verhandlungen — bestenfalls — in nichts von früheren ihrer Art unterscheiden werden, was die Ergebnisse anbelangt.

Wer heute die „Rüstungskontrollverhandlungen" der 70er Jahre lobpreist (inzwischen wagt kaum noch jemand, sie als Abrüstungskonferenzen verkaufen zu wollen) der will einfach darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den dort vereinbarten Ergebnissen stets um Kontrolle einer weiteren Aufrüstung gehandelt hat, die ja dann auch stattfand.

Diese Rüstung ist, wen muß man eigentlich daran erinnern, so weit gediehen, daß der vielbeschworene „atomare Overkill" Alltagsrealität wurde. Vor diesem Hintergrund erscheint es als realistisch, wenn für bürgerliche verschiedenen Seiten so hochgepriesenen Veranstaltungen.

Daß aus den Genfer Gesprächen ein Fernsehspektakel werden soll, das ist eben auch Ausdruck der Haltung, daß die Sache des Friedens eben nur in den Händen der Regierungen der beiden Großmächte etwas werden könne. Die Welt darf zusehen, wie sie „Frieden" machen und soll nun das Protestieren endlich sein lassen. Massenbewegungen bestenfalls als „Druck" auf die Betreffenden, nun aber wieder an ihren alten Verhandlungstisch zurückzukehren — auch ein solches Verständnis von Friedensbewegung wird durch ein Medienspektakel ausgeführt.

Die bisherigen Erfahrungen wie auch die aktuellen Ausgangspunkte legen aber die Schlußfolgerung nahe, daß dem eben nicht so ist.

Wer in Grenada eben mal einmarschiert und den Krieg gegen Nicaragua organisiert, wer spezielle Killertruppen und Atomminen über die Welt ausbreitet, der betreibt nun mal keine Friedenspolitik. So wenig wie derjenige, der in Afghanistan einmarschiert und den Krieg der äthiopischen Regierung zur Wahrung ihres territorialen Besitzstandes finanziert. Da müssen alle Versuche, so zu tun, als habe all dies mit der atomaren Aufrüstung nichts zu tun, zurückgewiesen werden.

Was auch für den Versuch der Bonner Regierung gilt, sich selbst sozusagen als Mitautor dieser „Friedensgespräche" darzustellen, weil sie in Washington darauf gedrängt habe.

Auch der ganze Rummel um Genf, der jetzt veranstaltet wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auf die Massenbewegung in den verschiedenen Ländern ankommt, ob etwas in Richtung Friedenssicherung geschieht. Und daß dies nur in der Auseinandersetzung mit den Kräften, die man erreichen kann, geschehen kann, also im Kampf gegen die Pläne und Taten der eigenen Regierung. Eine Grundtatsache, die erst recht für ein Land wie die Bundesrepublik gilt: Im Kampf gegen die Absichten der Bundesregierung liegt der wesentliche Beitrag, den eine bundesdeutsche Friedensbewegung leisten kann — und muß.

Was nicht zu heißen braucht und darf, darüber die gesamte politische Wahrheit zu verschweigen, die Taten anderer zu beschönigen, das könnte nur in eine böse Sackgasse führen. Abrüstungsmaßnahmen der BRD zu fordern bleibt aber trotzdem der Kern jeder wirklichen Friedenspolitik hierzulande.

Lambsdorff-Prozeß verschoben

Der Graf versucht Entlastungsangriffe

Die Verschiebung des ursprünglich für 10. Januar angesetzten Prozeßbeginns gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch nutzte vor allem der Wirtschaftsgraf zu Angriffen auf die Justiz von NRW.

Diese Verschiebung sei ein Werk des (SPD geführten) Justizministeriums von NRW, so lautete kurzgefaßt Lambsdorffs Aussage. Damit wolle die SPD die Wahlchancen der FDP bei den kommenden Landtagswahl (12. Mai) beeinträchtigen.

Dabei „vergißt" der adlige Reaktionär, daß er selbst und seine Truppen es waren, die bisher stets alles getan hatten, das ganze Verfahren erstens zu verhindern, zweitens zu verlangsamen. Nun: Was bisher an Fakten bekannt wurde, hat stets in eine andere Richtung gewiesen, als daß die NRW-Landesregierung den Bestochenen aus Bonn sonderlich übel wollte. Stolpersteine waren von NRW aus ja keinesfalls für Lambsdorff ausgelegt worden, sondern, zuallererst für die ermittelnden Steuerfahnder in den Jahren um 76. Wahlkampftaktik hin oder her, das mag sein, und sicherlich wird in dieser Zeitung die Justiz von NRW nicht verteidigt werden.

Aber Lambsdorffs Attacke reiht sich ja in die ganzen Serien von Versuchen ein, die ganzen Verfahren möglichst zu verhindern. Er nutzt diese Verschiebung nur dafür aus, erneut das Märchen von einer politischen Sonderjustiz gegen ihn aufzutischen, wo es sich einfach darum handelt, daß er und viele andere im Zuge ihrer politischen Geschäfte mit Flick und Co. ihre eigenen bestehenden Gesetze gebrochen haben. Gesetze, die von denselben Parteien verabschiedet worden waren, die sie nachher angeblich nicht so genau kannten. Parallel dazu laufen die Versuche, den Untersuchungsausschuß im Bundestag möglichst rasch zu beenden, parallel dazu herrscht in den Medien weitgehend Funkstille — die Jahreswende soll nach dem Wunsch der Betroffenen offensichtlich zum Vergessen beitragen.

Die Verschiebung geschah wegen der Erweiterung der Anklage auf Steuerhinterziehung — das ist der Fakt. Dafür gibt es beim gegenwärtigen Stand der Dinge erst einmal mehrere Interpretationsmöglichkeiten. Einschließlich der, über einen Verfahrensverstoß solle der Sache „hintenrum durchs Auge" ein Ende gemacht werden.

Daß das Interesse an einer Beendigung der ganzen Sache bei den etablierten Bonner Parteien zusehends gewachsen ist, konnte beim Jahreswechsel nicht übersehen werden, bei der Lautstärke, mit der von allen Seiten zu diesem Thema geschwiegen wurde.

Über 400 Unterschriften!

So viele sind es inzwischen, die die Initiative bei Betriebsräten usw. inzwischen gesammelt hat (wobei nach wie vor nicht alle Regionen vertreten sind). Mit dieser Unterzeichnerliste, die sich dadurch auszeichnet, daß in einer Reihe von Betrieben große Teile des Betriebsrats unterzeichnet haben, gehen die Initiatoren nun demnächst an die weitere Öffentlichkeit. Die Listen stehen weiterhin für neue Unterzeichner offen.

Initiative fordert: Kohl — Rücktritt und Neuwahlen

Bundesweit verbreitet wird in diesen Tagen der folgende Aufruf von Betriebsräte, Personalräten und gewerkschaftlichen Aktivisten. Er zieht die Schlußfolgerung aus der „Flick-Affäre", daß Kohl zurücktreten und Neuwahlen angesetzt werden sollen. Bisher haben ihn rund 100 Betriebsräte usw. unterschrieben. Weitere Unterschriften aus diesem Kreis der Arbeiterbewegung sollen nun gesammelt werden — wir rufen unsere Leser dazu auf, sich massiv zu beteiligen! Nach Sammlung einer größeren Zahl von Unterschriften soll der Aufruf in größerem Rahmen veröffentlicht und den Fraktionen von SPD und Grünen zugeleitet werden.

Weitere Unterzeichner, Unterschriftenlisten können an folgende Adressen geschickt werden:

Klaus-Dieter Raabe, Bielenbergstr. 36, 23 Kiel 14

und

Wolfgang Zimmermann, Neustraße 10, 4018 Langenfeld

Im Folgenden der Text des Aufrufs:

Die bisher bekannt gewordenen Tatsachen in der Affäre Flick haben ergeben:

- Zahlreiche Spitzenpolitiker vor allem der Regierungskoalition haben enorme Zuwendungen vom Flick-Konzern erhalten: Bundeskanzler Helmut Kohl über 650000 Mark, Außenminister Genscher über eine Million Mark, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erheblich über eine Million Mark. Insgesamt belegen die bislang bekannt gewordenen Unterlagen aus dem Flick-Konzern Zuwendungen an die Parteien der Regierungskoalition von über 21 Millionen Mark.
- Bundeskanzler Helmut Kohl ist nicht in der Lage, die Behauptung, sein Weg an die Spitze der CDU und damit letztlich auch ins Bundeskanzleramt sei von Flick freigekauft worden, glaubwürdig zu entkräften.

Für uns Betriebsräte, Personalräte und gewerkschaftlich Aktive sind Politiker als Amtsinhaber nicht tragbar, die kalt Ausgesperrten Zahlungen der Arbeitsämter vorenthalten, selbst aber ihre Spitzengehälter durch Konzern„spenden" aufbessern. Deshalb fordern wir:

- Offenlegung aller Fakten in der Flick-Affäre und zum gesamten Filz Großkapital/Politik;
- den Rücktritt von Bundeskanzler Helmut Kohl;
- Neuwahlen zum Bundestag.

Wir wenden uns insbesondere an die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN mit der Aufforderung, diese Forderungen zu unterstützen und dafür parlamentarisch initiativ zu werden.

Erstunterzeichner:

Helmut Born (Betriebsrat, HBV, Düsseldorf); Hermann Dirkes (Ersatzbetriebsrat, IG Metall, Duisburg); Elly Glöß (Betriebsrätin, IG Metall, Nürnberg); Peter Koch (Betriebsrat, IG Druck & Papier, Stuttgart); Gerd Lux (Betriebsrat, IG Metall, Westberlin); Christian Matthiessen (Betriebsrat, IG Metall, Hamburg); Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der „metall", Frankfurt); Klaus-Dieter Raabe (Betriebsrat, IG Metall Kiel); Martin Rausch (Betriebsrat, IG Chemie Papier Keramik, Köln); Wolfgang Zimmermann (Personalratsvorsitzender, ÖTV, Langenfeld).

HDW/Kiel:

100-Millionen-Investition für den Kriegsschiffbau!

Für diese Summe soll im Kieler HDW-Werk Gaarden ein hochmoderner Kriegsschiffbaukomplex errichtet werden. Nach der Stillegung des Werkes Dietrichsdorf soll damit auch das Werk Süd (U-Bootsbau) geschlossen werden. Laut HDW-Konzept 83 sollten für diese Verlagerung 26,5 Millionen Mark investiert werden. Jetzt wird aber eine regelrechte Fabrik (mit einem „Fahrstuhl"-System für Schiffe und ein System von Gleisen, auf denen die Neubauten hin und her bewegt werden können) gebaut, in der vor allem U-Boote aber auch Überwasserkriegsschiffe bis zur Fregattengröße gebaut werden können.

Der HDW-Vorstand versucht, diese Investition auch als einen Beitrag zur Sicherung des zivilen Schiffbaus auf dieser Werft zu verkaufen. Dazu dienen auch die in letzter Zeit auffallend häufigen Artikel in den „Kieler Nachrichten" über die Hereinnahme von Aufträgen im Handels-, Fähr- und Reparaturschiffbau und dem Engagement in der Meerestechnik. Damit soll die Öffentlichkeit getäuscht und die Belegschaft beruhigt werden.

Beruhigt sind schon die sozialpartnerschaftlichen Betriebsräte. Sie sitzen voll der Argumentation des Vorstands auf. Wie zwar noch nicht bestätigten, aber trotzdem ernstzunehmenden Gerüchten zu entnehmen ist, wollen die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat dieser Investition auf der Sitzung im Februar zustimmen. Von Seiten der IG Metall gibt es bisher noch von keinem Gremium eine Stellungnahme hierzu.

Eine Stellungnahme gibt es bisher vom Kieler SPD-Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel, der ein bekannter Gegner von Rüstungsexporten in die dritte Welt ist. Aber mit seiner in der „Kieler Rundschau" vertretenen These „Die beabsichtigten Kapazitäten haben mit der ‚Produktion von Sicherheit' für die Bundesmarine und die Marinen der NATO nicht viel zu tun", liegt er ganz schön daneben.

Gerade in der Frage der Rüstungsproduktion ist die Tätigkeit der Rüstungsunternehmen voll in die Politik des imperialistischen Staates und den entsprechenden Bündnissen eingebaut. Es ist zwar richtig, daß der HDW-Vorstand bzw. der hinter ihm stehende Salzgitter-Konzern einen größeren Anteil am U-Bootmarkt erringen will, und dafür auch kräftig die Trommel für eine „Auflockerung der Kriegswaffenexportpolitik" mitrührt. Doch dies steht in keinster Weise im Widerspruch zur „Sicherheitspolitik" des westdeutschen Imperialismus und der NATO. Ganz im Gegenteil! Solange die eigenen Rüstungskapazitäten auf diese Weise ausgebaut und ausgelastet werden können, hat auch der HDW-Vorstand grünes Licht. Hauptsache diese Kapazitäten stehen zur Produktion für den Eigenbedarf zur Verfügung.

Und der ist wieder groß. Für Anfang der 90er Jahre plant die NATO u.a. den Bau von rund 100 neuen Fregatten. Die Bundesmarine will die bestehenden U-Boote modernisieren und auch 18 neue U-Boote bauen lassen. Die 100-Millionen-Mark-Investition auf HDW entspricht also der geplanten Aufrüstungspolitik der BRD als auch der NATO insgesamt, wie es die KPD-Betriebszelle HDW/Kiel in der nebenstehenden Erklärung darlegt.

Erklärung der KPD-Betriebszelle HDW/Kiel zum Neubau der U-Boot-Fabrik:

Ein Riesenschritt zur Rüstungswerft!

Der Neubau der Konstruktions- und Produktionsstätte für U-Boote und Überwasserkriegsschiffe im Werk Gaarden ist ein weiterer Schritt, um HDW-Kiel zur reinen Rüstungswerft auszubauen. Seit der Remilitarisierung haben die Bundesregierungen im Auftrag des in der NATO organisierten deutschen Imperialismus eine Schiffbaupolitik in diese Richtung betrieben. Seit 1960 sind auf den später zur Staatswerft HDW zusammengeschlossenen Werften über 22000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Das sind mehr als 55 Prozent aller auf den Großwerften in diesem Zeitraum abgebauten Arbeitsplätze.

Auch das jetzige HDW-Unternehmenskonzept 83 war und ist die Speerspitze der Kahlschlagsanierung im Schiffbau. Konzerne, Banken und Regierungen sind sich einig, daß HDW nur noch in Kiel als Werftbetrieb für den Kriegsschiffbau aufrechterhalten werden soll.

Die Stillegung des Handelsschiffbaus auch in Kiel ist nur eine Frage der Zeit. Die Seite 11 aus dem Salzgitterkonzept 84 — Inhalt: Aufgabe des Handelsschiffbaus und weitere Entlassung von 2100 Beschäftigten — ist aufgrund der Proteste nur aus taktischen Gründen zurückgenommen worden. Die Arbeitsplatzvernichtung geht jetzt scheibchenweise weiter. Auch die verhältnismäßig gute Auftragslage im Handels-, Passagier-, und Fährschiffbau — selbst wenn das Superschiff „Phoenix" als Auftrag geordert werden sollte — ändert nichts an den Konzepten.

Hier wird HDW über Subventionen die Reduzierung auf den Kriegsschiffbau erleichtert. Und die 100 Mio. DM-Investition dient gerade auch der Rationalisierung im Kriegsschiffbau. Wer da noch illusionen hat, hat nichts gelernt.

Nichts gelernt haben offensichtlich auch die Arbeitnehmervertreter im HDW-Aufsichtsrat, wenn sie auf der nächsten AR-Sitzung dieser Investition zustimmen, wie sie es schon fast alle signalisiert haben.

Die Werften in Kiel waren schon immer Rüstungsschmieden der deutschen Imperialisten, die schon zwei Weltkriege angezettelt haben. Die Kieler Bevölkerung mußte insbesondere im zweiten Weltkrieg blutig dafür zahlen. Zahlen müssen die Kieler Bürger auch heute schon wieder — mit Geld. 24,7 Mio. DM an Steuergeldern — ein weit überhöhter Preis — werden der HDW von der Stadt Kiel für das Dietrichsdorfer Gelände in den Rachen geschmissen. Beschämend auch das Verhalten der SPD-Ratsfraktion. Ihre ursprüngliche Forderung, das Geld müsse für den zivilen Produktionsbereich und den Handelsschiffbau verwendet werden, haben sie fallengelassen.

Die KPD ist dagegen, daß Rüstungsgüter für den Angriffspakt NATO und für NATO-genehme Staaten — wo meist reaktionäre oder faschistische Regime herrschen — produziert werden. Mit der weiteren Auflockerung der Kriegswaffen-Exportpolitik der Bundesregierung wollen die deutschen Imperialisten im Bündnis mit den US-Imperialisten ihren Einfluß in der Welt vergrößern und mit dem Waffenexport ihre Kriegsschiffbaukapazität auslasten und noch größere Geschäfte machen. Und für den Angriffskrieg gen Osten soll bis zum Jahr 2000 ein gigantisches NATO-Aufrüstungsprogramm durchgezogen werden, was u.a. den Um- und Neubau einer größeren Anzahl von U-Booten und Fregatten beinhaltet.

Die KPD ist dagegen, daß immer mehr Steuergelder in die Aufrüstung gesteckt werden. Insbesondere die Sozialausgaben werden ständig zugunsten des Kriegshaushalts gekürzt. Schon einmal liefen in Kiel die Kriegsschiffe wie am Fließband vom Stapel: Als in Deutschland das faschistische Naziregime herrschte und mit einer „Kanonen-statt-Butter-Politik" den zweiten Weltkrieg vorbereitete und anzettelte.

Das wollen wir nicht noch einmal erleben!

Die KPD ist für
- Zivilen Schiffbau statt Kriegsschiffbau!
- Rigorose Kürzung des Rüstungshaushaltes!
- Schluß mit dem Sozialabbau!
- Austritt der BRD aus der NATO! Neutralität!

Kiel, den 27.12.84

Anklageerhebung gegen Amokfahrer

Wegen fahrlässiger Körperverletzung in zwei Fällen hat die Staatsanwaltschaft beim Stuttgarter Amtsgericht Anklage gegen den Fahrer erhoben, der während des Streiks in der Druckindustrie den Kollegen Horst Bekel und einen weiteren Kollegen niedergefahren hatte. Warum die Anklage nur auf fahrlässige Körperverletzung lautet, wird aus der Darstellung des Vorfalls in der Anklageschrift deutlich: Demnach habe der Mann es unterlassen, sein Automatikfahrzeug durch Herausnahme der Fahrstufe und Betätigen der Feststellbremse abzusichern. Beim Versuch, in den Lieferwagen hineingreifenden Personen abzuwehren, sei der Fahrer mindestens zweimal von der Bremse abgekommen. Durch das anrollende Auto sei ein Streikposten der IG Druck & Papier zu Boden geschleudert worden, wodurch er unter anderem einen Unterschenkel- sowie einen Rippen- und Nasenbeinbruch erlitten habe.

Das haben wir aber anders in Erinnerung. Hier die auf Berichten von Augenzeugen beruhende Darstellung des Vorgangs in der RM-Streikzeitung vom 21. Mai 1984:

„Freitagabend, 22.15 Uhr: Streikposten kontrollieren die ankommenden Fahrzeuge, ob sie Leiharbeiter für Streikbrucharbeiten der Südwestdeutschen Rollenoffset transportieren. Ein Wagen schert aus und versucht, an den Streikposten vorbei durch das Ausfahrtstor auf das Betriebsgelände zu gelangen. Streiposten stoppen ihn und weisen ihn an, zurückzusetzen und die Kontrolle an der Einfahr zum Gelände zu passieren. Da gibt der Fahrer Gas. Der Wagen erfaßt den Kollegen Horst Bekel. Horst Bekel wir überrollt. Der Fahrer setzt noch einmal zurück. Kollege Bekel wird ein zweites Mal überrollt."

DGB-Gewerkschaften und britischer Bergarbeiterstreik

Solidarität von unten, Streikbruch von oben

Auf starkem Druck des DGB, der IGM, der IGBE u.a. sagte die NUM eine für den 12. Januar in Essen mit Arthur Scargill geplante Solidaritätsveranstaltung ab. Während zahlreiche Gewerkschafter versuchen, wirksame Solidarität mit dem Kampf der britischen Bergarbeiter auf die Beine zu stellen, wobei sie von vielen mittleren und höheren Funktionären und auch von den Vorständen einiger Einzelgewerkschaften unterstützt werden, wächst sich die offizielle Haltung des DGB, der IG Bergbau und Energie, der ÖTV und auch der IG Metall zu einem immer größeren Skandal aus. Beschönigen läßt sich kaum etwas: der Streikbruch findet statt.

Der Schein der internationalen Gewerkschaftssolidarität soll dabei gewahrt werden. So fand kurz vor Weihnachten in London auf Einladung des britischen Dachverbandes TUC ein internationales Treffen der ÖTV und des DGB mit Transportarbeitergewerkschaften und Dachverbänden aus Belgien und den Niederlanden mit der NUM statt. In der dort beschlossenen Erklärung heißt es: „Die Gewerkschaften Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande sind der entschiedenen Auffassung, daß die Wirksamkeit des NUM-Streiks, der nun in seinem 10. Monat ist, nicht unterminiert werden darf durch die Verschiffung von Kohle- und Ölmengen nach Großbritannien, die dazu dienen können, Produktionsverluste, die durch den Streik entstanden sind, auszugleichen."

Schon der Text dieser Erklärung zeigt, daß von „Entschiedenheit" keine Rede sein kann: ausgesprochen wird sich nur gegen eine Steigerung der Exporte, keineswegs für eine Verhinderung aller Exporte zur Unterstützung des Bergarbeiterstreiks. Aber selbst diese wenig entschiedene Erklärung soll nur auf dem Papier stehen bleiben. Das geht aus einem Rundschreiben von Hans-Jürgen Becks, Sekretär des DGB-Vorsitzenden Breit, hervor, dessen Inhalt die „Frankfurter Rundschau" wie folgt zusammenfaßte: „Auf der Tagung habe sich gezeigt, daß es nicht möglich sein werde, die Verschiffung durch Boykottmaßnahmen zu begrenzen. Deshalb sei die Entschließung entsprechend ‚flexibel formuliert'. In erster Linie solle sie als ‚Schützenhilfe dienen für die britischen Gewerkschaften in der öffentlichen Auseinandersetzung um den Streik der Bergarbeiter'."

Bekanntgegeben wurde in dem Rundschreiben auch, daß der DGB — wie auch die IG Metall — keinen Vertreter zu der inzwischen leider abgesagten „nationalen Informations- und Koordinationskonferenz" am 12. Januar im Essener Saalbau entsenden würde. Auf dieser Veranstaltung, die vom Wuppertaler Koordinationsbüro Britischer Bergarbeiter initiiert wurde, sollte auch NUM-Präsident Arthur Scargill sprechen. Das Wuppertaler Büro wird vor allem von GEW-Mitgliedern getragen und ist unter örtlicher GEW-Adresse erreichbar.

Die Begründung für den Boykott dieser Veranstaltung durch den DGB ist so dreist als dummdreist. In dem Rundschreiben Becks heißt es: „Einzelaktionen, wie sie von Vertretern der NUM in verschiedenen europäischen Ländern eingeleitet sind, werden offiziell sowohl von der NUM als auch vom TUC abgelehnt ... Insofern finde auch die Essener Konferenz weder die Zustimmung des Vorstandes der NUM noch des TUC."

Das soll man also als Gewerkschaftsmitlied glauben: daß die Solidaritätsveranstaltungen mit Joe Holms, NUM-Präsident der Region Kent, in der Bundesrepublik, daß der geplante Auftritt Arthur Scargills in Essen ohne Zustimmung des NUM-Vorstandes erfolgen.

Diese offenkundige Verlogenheit hat natürlich politische Gründe: vor allem die IG Bergbau und Energie, aber auch die IG Metall sind gegen eine Unterstützung der Streikziele der britischen Bergarbeiter. Der Hauptgrund ist klar: Man muß ja nur vergleichen, wie IG Bergbau und Energie und IG Metall sich hierzulande in der Kohle- und Stahlpolitik verhalten, um zu erkennen, daß ein Sieg der britischen Bergarbeiter gegen die Stillegungen und die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung zugleich eine vernichtende Kritik an der sozialpartnerschaftlichen Mitwirkung der Führungen von IGM und IGBE bei der Arbeitsplatzvernichtung in der Montan- und Werftindustrie bedeuten würde.

Man muß es so hart sagen: Die Führungen von IGM und IGBE können kein Interesse an einem Sieg der britischen Bergarbeiter und der NUM haben. Deshalb sind sie bemüht, die Bestrebungen der Gewerkschaftsbasis und unteren Organisationsebenen nach solidarischem Handeln in rein humanitäre Bahnen zu lenken, eine kämpferische Solidarität, die sich mit den wirtschaftlichen und politischen Streikzielen der NUM identifiziert, aber zu verhindern.

Die IG Metall hat deshalb ein eigenes Konto eingerichtet. Die dort eingezahlten Gelder werden über die britische Stahlarbeitergesellschaft weitergeleitet, deren Solidarität mit den Bergarbeitern durchaus zu wünschen übrigläßt. IGM-Chef Hans Mayr droht unmißverständlich, daß die Einzahlung von „im Namen und im Auftrag der IG Metall" gesammelten Spenden auf andere Konten „nicht zulässig" ist. DGB-Vorstandssekretär Becks begründet die Haltung des DGB-Bundesvorstandes, ausschließlich auf das Solidaritätskonto des TUC einzuzahlen, so: „Der TUC stellt sicher, daß die auf dieses Konto einbezahlten Spenden ausschließlich zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien verwendet werden." Ergänzen muß man: und nicht zur direkten Finanzierung des Streikkampfes.

Selbstverständlich ist auch die humanitäre Hilfe zur Linderung der Not der streikenden Kumpels eine Unterstützung des Streiks. Nur bleiben IGM und IGBE mit bis Weihnachten überwiesenen gut 600000 DM bzw. 200000 DM auch darin weit hinter ihren Möglichkeiten, wenn man vergleicht, daß über das Konto der Wuppertaler GEW-Lehrer im gleichen Zeitraum ebenfalls über eine halbe Million Mark gesammelt wurde. Zweitens ändert die humanitäre Hilfe nichts daran, daß DGB, ÖTV und IGBE erhöhte Energieexporte nach Großbritannien tatenlos geschehen lassen und damit Streikbruch begehen. Drittens kann das reichlich oberflächliche Bekenntnis zur humanitären Hilfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vorstände von DGB, IGM, ÖTV, IGBE die Streikziele der NUM und der britischen Kumpels politisch bekämpfen. Die Verhinderung der Essener Veranstaltung ist dafür ein neues trauriges Beispiel.

Spenden für die Bergarbeiter und ihre Familien:

Raphaela Kruppa
BfG Wuppertal
(BLZ) 330 101 11
Konto-Nr.: 2015123300
Vermerk: Bergarbeiter Großbritannien

35-Bilanz

„Der Streik für 35 Stunden — aktive Kolleginnen und Kollegen ziehen Bilanz". Das ist der Titel einer jetzt im ISP-Verlag erschienenen Broschüre, die von der Redaktionsgruppe des Info 35 herausgegeben wurde. Es handelt sich im wesentlichen um die Materialien der Bilanz-Konferenz, die am 21. - 23. September 84 in Frankfurt stattfand und an der rund 140 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

Auf 100 Seiten enthält die Broschüre interessante Referate und Diskussionsbeiträge und Protokolle der Arbeitsgruppen. In einem Nachwort stellt Rockwell-Betriebsrat Michael Köster die Auffassung der Redaktionsgruppe des Info zur Frage der betrieblichen Umsetzung der Tarifverträge dar.

Nicht zuletzt ist die Broschüre auch deshalb von Interesse, weil die Redaktionsgruppe des Info die Fortsetzung der Arbeit beschlossen hat: „Wir wollen schon jetzt in unseren Gewerkschaften die Diskussion über die Ziele beginnen, für die Gewerkschaften gemeinsam und geschlossen 1986 den Kampf wiederaufnehmen können."

Kontakt über: ISP, Postfach 111017, 6000 Frankfurt/M. 1
Preis der Broschüre: 6,— DM

Bildungsoffensive gegen Beschäftigungsverluste?

IGM-Politik gegen die Automobilkonzerne: aber wie?

Unter dem Titel „Bildungsoffensive gegen Beschäftigungsverluste" wurde vom IGM-Vorstand im Gewerkschafter 12/84 wörtlich angekündigt: „Hauptgegenstand künftiger Automobilpolitik wird die sinkende Beschäftigung sein. Mit einer Bildungsoffensive in den Betrieben und mit der Humanisierung der Arbeitswelt muß gegengesteuert werden."

Dazu muß man wissen, daß bis 1980 — von 1976 an — im Fahrzeugbau der BRD die Beschäftigtenzahlen gestiegen sind — sowohl in der Gesamtsumme, als auch speziell im PKW-Bereich, während im LKW- und Busse-Bereich Arbeitsplätze vernichtet wurden.

In den letzten Jahren sind Milliardensummen von den Großkonzernen in den USA, Japan und der EG investiert worden, sind neue Gruppierungen zwischen den Konzernen vorgenommen worden — alles rüstet sich für die neue Stufe der Auseinandersetzungen um Marktanteile.

Allein die US-Autokonzerne investierten von 78 bis 85 rund 80 Milliarden Dollar, die europäischen rund 35 Milliarden und die japanischen Firmen rund 12 Milliarden (von 1980 bis 1983). Gleichzeitig wächst die Verflechtung untereinander — General Motors und Toyota, Nissan und VW, Britisch Leyland und Honda — einige der in den letzten Jahren geschlossenen Verbindungen zeigen dies deutlich an.

Zu Recht stellt die IGM fest, daß die Einführung neuer Technologien, als Stichworte seien nur CAD und CAM genannt (siehe Kasten) dazu führt, daß die Schere zwischen Wachstum der Automobilproduktion und der Produktivität weiter auseinander gehen wird — auf gut deutsch: durch Rationalisierung geht das Arbeitsvolumen noch weiter zurück, Arbeitsplätze werden vernichtet.

Insbesondere zwei Punkte sind dabei wichtig festzuhalten:

• Wie die nebenstehende Grafik zeigt, ist trotz des berühmten Spruchs von den „bösen" Japanern festzustellen, daß die europäische Automobilproduktion während der letzten 15 Jahre relativ stabil geblieben ist.

Dahinter verbirgt sich allerdings im Bereich der Massenautoherstellung ein Auf- bzw. Abstieg bestimmter Konzerne in Europa, wie sie das zweite Schaubild deutlich macht — die beiden amerikanischen Konzerne General Motors und Ford eroberten immer größere Marktanteile in Europa.

• Der zweite wichtige Punkt ist, daß es einerseits offensichtlich so etwas wie Spezialproduzenten gibt, die in den vergangenen Jahren regelmäßig hohe Gewinne verdienten und auch in den Bilanzen auswiesen — Mercedes und BMW in der BRD, Volvo und Saab in Skandinavien — während es im Bereich der Massenautoproduzenten einen harten catch as can gab und gibt.

Die sechs führenden Marken in Europa liegen dicht beieinander, wie das dritte Schaubild zeigt.

Ein in der Januarnummer vom „Manager Magazin" veröffentlichtes Interview mit dem Chef von Ford of Europe, Lutz, macht sehr deutlich, wie von den Monopolen die Lage eingeschätzt wird und was sie als Ausweg aus der Lage zur Sicherung ihrer Profite sehen — nebenstehend die wichtigsten Auszüge aus diesem Interview.

Wenn es dann in den Vorstellungen der IGM heißt:

„Die laufenden Überschüsse an Produktivitätssteigerungen sollen also in erster Linie nicht zum Abbau der Belegschaften ausgenutzt werden. Sie sollen vielmehr als zusätzliche Arbeitszeit in folgenden Bereichen eingesetzt werden:

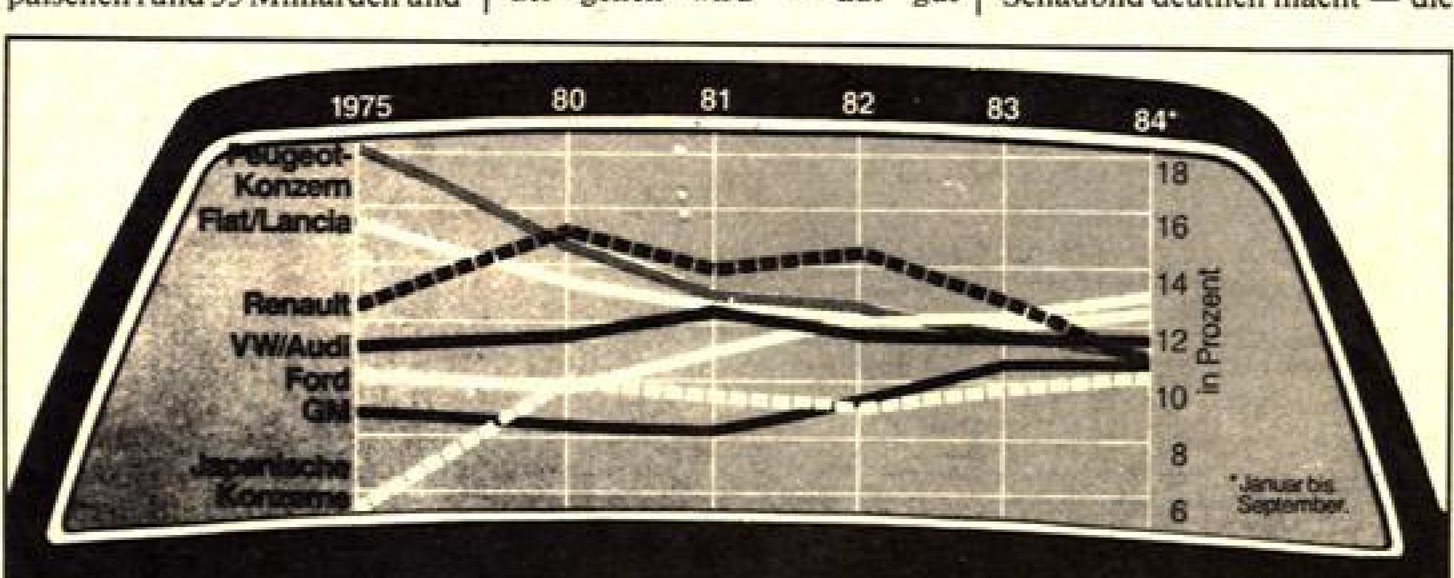
• Humanisierung der Arbeit sowie Verbesserung der Fertigstrukturen

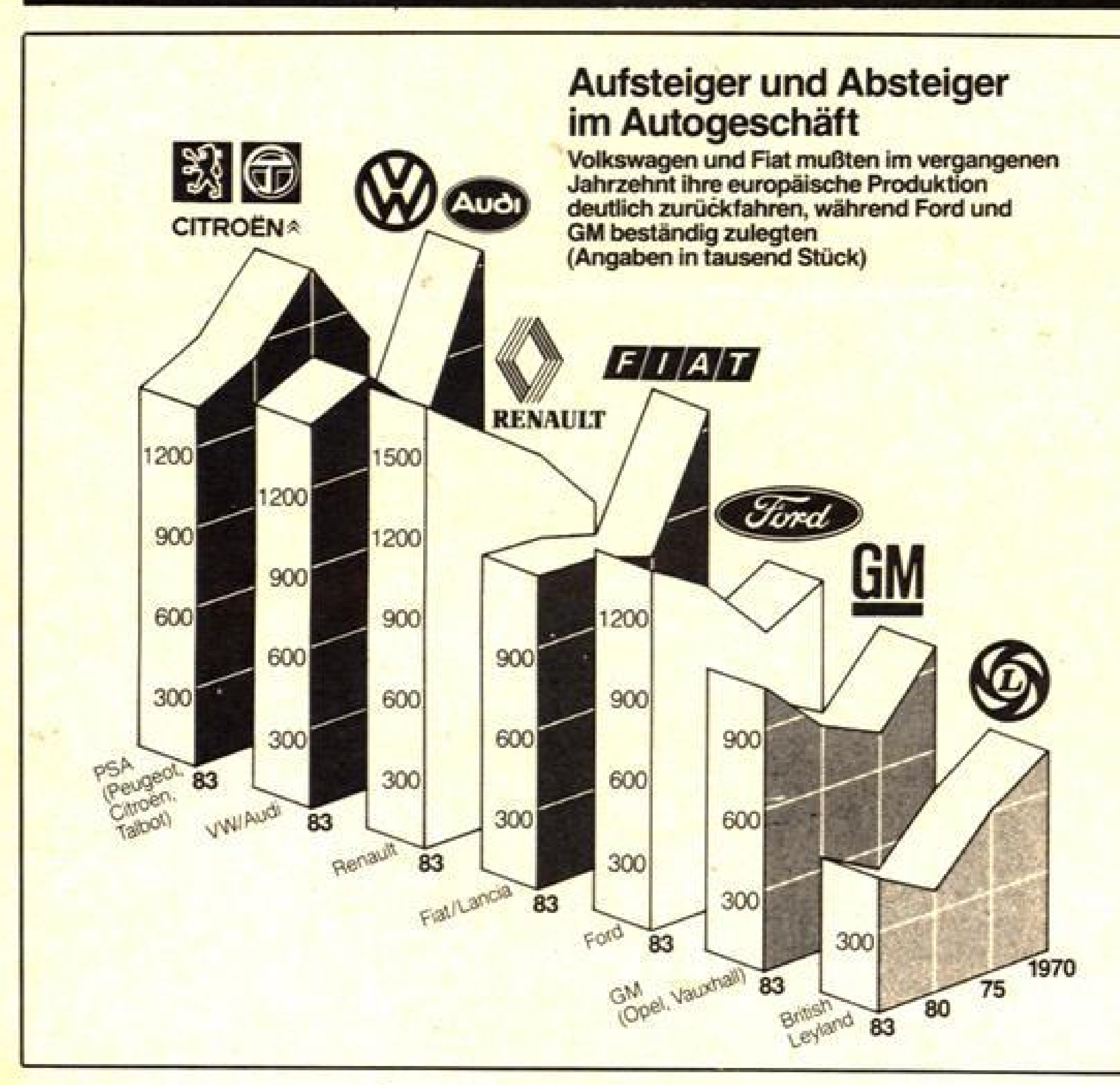
• Bildungsoffensive zur besseren Qualifikation

so klingt das zwar ganz gut — bleibt aber erst einmal frommer Wunsch. Gerade das Beispiel der Aufholjagd in den Automobilbetrieben nach dem Streik — in denen überall IGM-Betriebsratsmehrheiten bestehen — macht deutlich, welche Aufgaben innerhalb der IGM und der Belegschaften anstehen, um angesichts des kommenden verschärften Konkurrenzkampfes in den Automobilwerken eine gemeinsame Front gegen die verschiedenen Kapitalfraktionen zu entwickeln.

Das Denken an den „eigenen Betrieb", der Kampf ums Überleben des „eigenen Werkes" hat in den letzten Jahren beispielsweise in den USA den Automobilkonzernen geholfen, Lohnsenkungen, Verschlechterungen der Altersversorgung u.ä. durchzusetzen — nicht zuletzt mit den dadurch freigewordenen Mitteln haben diese dann ihre neuen Investitionen finanziert.

Es gibt also für klassenkämpferische und kommunistische Kräfte in der Automobilindustrie mehr zu tun als eine Bildungsoffensive zu starten — die Konzerne jedenfalls bereiten sich vor.





H. Mayr und der Wortbruch

Die von der IGM vorgelegte Studie ist ein gutes Hilfsmittel, bestimmte Entwicklungstendenzen zu erkennen — wenig hilfreich ist es jedoch, wenn der IGM-Vorsitzende Mayr gegen die Vorwürfe des Verbandes der Automobilhersteller — „Diese Studie erzeugt Panik" — nur festzustellen weiß: „Der Verband ist entgegen der von ihm zugesicherten Vertraulichkeit vorgeprescht — das empfinde ich als einen Wortbruch und hoffe, daß dies ein einmaliger Ausrutscher bleibt..." Wobei zu fragen wäre — was hat denn der IGM-Vorstand für Gründe auf vertrauliche Art und Weise mit der Gegenseite umzugehen? Gerade nach dem Streik und den kalten Aussperrungen — neue Hoffnung auf Sozialpartnerschaft?

Hohes Niveau

Der Vormarsch der Japaner konnte die westeuropäische Autoproduktion bisher kaum beeinträchtigen

In Millionen Stück — 11, 10, 9, 8, 7, 6 — Westeuropa — USA und Kanada — Japan — 1970, 75, 80, 81, 82, 83, 84

CAE = computer aided engineering, computerunterstützte ingenieurtätigkeit, wie entwickeln, projektieren, berechnen und dergleichen.

CAD = computer aided design, computerunterstütztes entwerfen, konstruieren, zeichnen, berechnen, stücklisten erstellen.

CAP = computer aided planing, computerunterstütztes planen, vorbereiten, programmieren, steuern und kontrollieren.

CAM = computer aided manufacturing, computerunterstütztes produzieren, herstellen, fertigen und dergleichen.

CIM = computer integrated manufacturing*, integration von konstruktion und fertigung in einem computersystem.

* Andere abkurzungen mit der gleichen bedeutung sind ICAM und CIAM.

Lutz-Interview-Auszüge

Lutz: Eine weitere halbe Million Überkapazität entsteht durch die Tatsache, daß jede Automobilfirma beim Versuch, die Kosten pro Einheit zu senken, durch Automatisierung und Effizienzerhöhungen den Ausstoß der bestehenden Werke erhöht hat.

mm: Das allein kann Sie doch nicht entmutigen.

Lutz: Die Tragik Europas ist, daß aufgrund der sozialen Gesetzgebung und wegen einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung das Einstellen und Entlassen von Arbeitskräften nicht im Rhythmus der Konjunktur möglich ist. Die Folge ist, daß auch bei einem Konjunkturaufschwung erst einmal weniger neue Arbeitsplätze geschaffen werden, als eigentlich nötig wären.

mm: Wenn nicht einmal die Schwäche der Franzosen Luft schafft, was dann?

Lutz: Luft würde es erst schaffen, wenn einer aufgäbe und die Produktion einstellte ...

mm: ... das wird die Regierung verhindern.

Lutz: Genau deshalb sind langfristig das marktwirtschaftliche System und das Überleben der effizienten Firmen in Europa gefährdet. Das System sieht ja vor, daß es eine Evolution gibt und dabei die Stärksten überleben und die Schwachen sterben. Aber in unserer Branche stirbt niemand mehr. In England hätten wir vielleicht 50 Prozent Marktanteil, wenn die Regierung damals British Leyland nicht geholfen hätte.

mm: Die machen Ihnen heute mit Autos von Honda Konkurrenz. Stört Sie das?

Lutz: Mich stört, daß in Frankreich wegen staatlicher Hilfen kein Autohersteller sterben wird und in Italien Alfa Romeo klinisch lange tot ist, aber immer noch produziert.

mm: Fiat und VW hatten auch schon Krisen, in denen es hoffnungslos aussah.

Lutz: Die haben sich selbst geholfen. Ich wünschte mir, wir wären alle gesund. Aber das ist nicht der Fall. Und deshalb glaube ich daran, daß es eine Wende geben muß.

mm: Eine Marktbereinigung?

Lutz: Das wäre gut, aber eine gewisse Marktberuhigung würde schon helfen.

mm: Wie wollen Sie das schaffen?

Lutz: Durch hartes Kostenmanagement. Wir müssen an Kostensenkung bei den Investitionen und bei den variablen Kosten denken. Und wir müssen günstiger einkaufen.

mm: Im Ausland?

Lutz: Vielleicht oder über langfristige Verträge, aber dafür zu erheblich günstigeren Preisen. Wir haben die Anzahl der Zuliefererfirmen in den letzten zwei bis drei Jahren um runde 40 Prozent gesenkt. Dann müssen Sie an die Lohnkosten denken. Das läßt sich wahrscheinlich leider nur durch einen langfristigen, gezielten und möglichst schmerzlosen Abbau des Personals in der gesamten Industrie lösen. Ich möchte auch nicht ausschließen, daß die Autoindustrie in Europa mittelfristig das eine oder andere Werk schließen und die Produktion auf andere Werke konzentrieren muß.

mm: Von Hoch- in Niedriglohnländer?

Lutz: Nicht zwangsläufig. Es könnte auch sein, daß die Vorstände einzelner Unternehmen zu der Entscheidung kommen, von den bestehenden Werken im europäischen Verbund einzelne zu schließen und die Produktion zu verlagern, um in den verbleibenden Werken die Kurzarbeit auszuschließen.

mm: Und diese Werke befinden sich vorzugsweise in Niedriglohnländern?

Lutz: Schauen Sie, die ganze Entwicklung in Deutschland, etwa mit der Arbeitszeitverkürzung, geht doch exakt in die falsche Richtung. Sie macht die Arbeitsstunde teurer, senkt die Effizienz, und sie hat einen möglichen weiteren Effekt, nämlich eine Verlagerung ins Ausland, denn wenn man einen Vergleich anstellt, Lohnkosten pro Auto in Deutschland gegenüber Lohnkosten pro Auto in Spanien, dann ist das eindeutig.

mm: Also ab nach Spanien?

Lutz: Ich möchte keineswegs sagen, daß es konkrete Pläne gibt, in Deutschland ein Werk zu schließen, ich sage nur, daß es bei nicht ausgelasteter Kapazität die teuerste Lösung ist, wenn jedes Werk nur zu 85 Prozent gefahren wird. In einer solchen Situation wird jeder Vorstand abwägen, ob es nicht besser ist, eins zu schließen und die anderen mit 100 Prozent auszulasten. Ich glaube weiter, daß langfristig der Trend im europäischen Automobilgeschäft, wahrscheinlich im Westen insgesamt, durch einen stetigen Rückgang der Belegschaften gekennzeichnet sein wird.

Im Polizeigriff erwürgt

Am 27.12.1984 wurde im südbadischen Villingen ein 34jähriger Mann in seiner Wohnung von einem Polizisten erwürgt. K. ist Türke, verheiratet mit einer deutschen Frau und Vater von sechs Kindern. Seine Frau, die zusammen mit einem Nachbarn bei dem Polizeieinsatz dabei war, mußte hilflos zusehen, wie der Polizist ihren Mann zehn Minuten lang würgte und langsam tötete.

Vorgefallen war folgendes: Das Ehepaar hatte bei der Post einen Staubsauger abgeholt und dabei die erste Rate angezahlt. Später war dem Postbeamten aufgefallen, daß er vergessen hatte, die Gebühr für die Nachnahme zu verlangen. Er fuhr dem Ehepaar deshalb nach. In der Wohnung kam es dann wohl zu Auseinandersetzungen. Der Postbeamte rief die Polizei.

Zwei Hauptwachtmeister, 22 und 24 Jahre alt, rückten an. Es kam zu Streitigkeiten und beide Polizisten gingen sofort sehr brutal gegen K. vor. Einer drückte ihn im Polizeigriff zu Boden, der andere packte ihn im Würgegriff. Über das, was dann geschah, heißt es in einer offiziellen Erklärung, die der Anwalt der Ehefrau gegenüber der „Badischen Zeitung", abgab:

„Mir liegt nicht nur die Zeugenaussage der Witwe, sondern auch eine schriftliche Aussage eines weiteren Zeugen vor, wonach einer der beschuldigten Polizeibeamten Herrn K. zehn bis zwölf Minuten ständig im ‚Würgegriff' gehalten und auch dann nicht losgelassen hat, als die Ehefrau des Getöteten die Polizeibeamten darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Hand ihres Mannes schon blau angelaufen war.

Meine Mandantin hat von dem Beamten die Antwort erhalten, er wisse, wann er aufhören müsse, er sei vom ‚Roten Kreuz' ausgebildet worden. Auch der Hinweis auf die Asthmaerkrankung ihres Mannes konnte den Beamten nicht dazu bewegen, den Würgegriff zu lockern. Zudem soll der Beamte aggressiv gesagt haben, er möge Türken nicht. Erst nachdem Herrn K. Handschellen angelegt worden waren, lockerte der Polizeibeamte den Würgegriff. Aufgrund dieser mir vorliegenden Zeugenaussage ist es für mich unverständlich, daß bisher nur wegen des Verdachts einer fahrlässigen Tötung beziehungsweise Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt wird.

Es besteht meines Erachtens eindeutig der Verdacht des Totschlags, wenn nicht sogar des Mordes aus niedrigen Beweggründen. Derjenige, der in Kenntnis dessen, daß die Hand seines Opfers schon blau angelaufen ist, diesem weiter die Kehle zudrückt, nimmt zumindest den Tod seines Opfers billigend in Kauf und handelt, wenn er dazuhin aggressiv äußert, er möge Türken nicht, auch aus niederen Beweggründen. Deswegen verlange ich im Namen meiner Mandantin eine schnelle und rückhaltlose Aufklärung der gesamten Tatumstände."

Für eine solche rückhaltlose und schnelle Aufklärung gibt es bis jetzt allerdings keinerlei Anzeichen. Die beiden Beamten sind nach wie vor auf freiem Fuß, nicht einmal über eine Suspendierung vom Dienst wurde bisher entschieden und durch die überregionale Presse geistert die polizeiliche Darstellung von einem betrunkenen Herrn K., der in wilder und bedrohlicher Weise auf die Polizisten losgegangen ist. Das einzige, was überhaupt auf Aufklärung und Bestrafung hoffen läßt, ist die Tatsache, daß sich in Villingen ein Komitee aus deutschen und türkischen Bürgern gebildet hat, das die Öffentlichkeit für diese Ziele mobilisieren will. Wir werden im nächsten Roten Morgen über die bisherigen Aktivitäten des Komitees berichten.

Baden-Württemberg

Volksbegehren gegen Stationierung

Das Land Baden-Württemberg soll „alles in seinen Befugnissen stehende tun, um Herstellung, Transport, Lagerung und Stationierung jeglicher neuen atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen zu verhindern, und darauf hinzuwirken,



daß solche in Baden-Württemberg gelagerten oder stationierten Massenvernichtungsmittel wieder entfernt werden." Das verlangt ein Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens, den bisher 105000 Menschen unterschrieben haben. Am Freitag dieser Woche wollen die Initiatoren den Antrag beim Innenminister abgeben, wie auf einer Pressekonferenz Ende letzter Woche bekanntgegeben wurde.

Der Antrag für die Durchführung eines Volksbegehrens, der nach der Landesverfassung von 10000 Unterzeichnern unterstützt werden muß, ist nur der erste Schritt zur Verabschiedung eines Landesgesetzes oder — alternativ — zur Durchführung einer Volksabstimmung. Der zweite Schritt wäre die Durchführung eines Volksbegehrens, das dann erfolgreich ist, wenn ein Sechstel der Wahlberechtigten in Baden-Württemberg — das sind 1,05 Millionen — zustimmt. Erst wenn dieses Volksbegehren erfolgreich durchgeführt ist, muß sich der Landtag mit der oben zitierten Gesetzesvorlage befassen bzw. kommt es — wenn der Landtag dem Gesetz nicht zustimmt — zur Volksabstimmung.

Auf dem Weg dahin sind aber noch einige Hindernisse zu überwinden. Erstens muß der Innenminister von Baden-Württemberg den Antrag auf Durchführung des Volksbegehrens genehmigen. Es steht zu befürchten, daß das geplante Volksbegehren schon hier scheitern könnte. Dann nämlich, wenn die Landesregierung sich auf den Standpunkt stellt, daß für die in der Gesetzesvorlage behandelten Fragen allein der Bund zuständig und der Antrag deshalb unzulässig sei. Ähnlich hatte die Landesregierung Hessen seinerzeit entschieden, als es um die Durchführung eines Volksbegehrens wegen der Startbahn West ging.

Aber auch, wenn die Landesregierung den Antrag genehmigen sollte, kann die Staatsbürokratie noch genügend Fallstricke auslegen, um die Demokratie zur Strecke zu bringen. Das Volksbegehren muß nämlich innerhalb von 14 Tagen abgeschlossen sein, ein vorsorglicher Antrag der Initiatoren, diese Frist auf vier Wochen zu verlängern, wurde bereits abgelehnt. Das zweite Problem ist, daß sich alle 1,05 Millionen Baden-Württemberger persönlich in einem Eintragungslokal in die Liste für das Volksbegehren eintragen müssen. Einen Antrag auf Briefwahl für das Volksbegehren hat das Innenministerium ebenfalls abgelehnt. Für die Bereitstellung von Eintragungslokalen aber sind die Gemeinden zuständig. Man kann sich also unschwer vorstellen, welcher organisatorische Aufwand hier auf die Initiatoren zukommt. Zumal die Gemeinden solche Eintragungslokale nicht gerade massenweise zur Verfügung stellen. Die Stadt Freiburg beispielsweise hat bisher einen einzigen Raum hinter dem Freiburger Bahnhof als Eintragungslokal zur Verfügung stellen wollen. Kein Wunder also, daß es erfolgreiche Volksbegehren erst zweimal in der Geschichte der Bundesrepublik gab — in Bayern über die Verfassung des Rundfunks und in Nordrhein-Westfalen über die Gesamtschule. Hoffen wir, daß es auch die Initiative für ein Volksbegehren in Baden-Württemberg schafft.



Am 26.1.85 wird die Rote Hilfe Deutschlands 10 Jahre alt. Aus diesem Anlaß findet in Bielefeld ein RHD-Jubiläumsfest statt. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen. Gefeiert wird am 26.1.85 ab 16.00 Uhr in der Bürgerwache in Bielefeld-Mitte, Siegfriedplatz.

Kommunales Wahlrecht

Landesweites Treffen zur Gestaltung einer Kampagne für das kommunale Wahlrecht für Ausländer in NRW am 10. Februar, 10.00 Uhr in Bochum, Lerschstr. 2. Einlader ist der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit (VIA).

Betriebliche Friedensinitiativen

2. bundesweites Treffen der betrieblichen Friedensinitiativen in Dortmund-Scharnhorst in der dortigen Gesamtschule, am 26./27. Januar. Kontakt: Ulrich Schmidt, Ostermarsch-Büro Ruhr, Königswall 22, 46 Dortmund 1, Tel.: (0231) 141153

Weltwirtschaftsgipfel

Bundesweite Konferenz gegen den Weltwirtschaftsgipfel, eingeladen wird von der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung. Am 9.2. in Göttingen, Beginn um 11.00 Uhr. Kontakt: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Pf 1945, 3400 Göttingen

Atomwaffen

Erstes öffentliches Vorbereitungstreffen für eine Konferenz zum Thema „Entwicklung und Weiterentwicklung von Atomwaffen durch die BRD" am 20.1.85, 10.00 Uhr im „Freidenkerzentrum", Bonn, Dorotheenstr. 20. Kontakt: Die Grünen im Bundestag, c/o M. Küntzel.

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Werden Tote in Kauf genommen?

Seit mehr als vier Wochen befinden sich jetzt 37 Gefangene im Hungerstreik. Für einige von ihnen, z.B. Irmgard Möller oder Monika Berberich, die bereits seit Anfang der 70er Jahre in Haft sind, ist es bereits der neunte Versuch, mit Hilfe eines Hungerstreiks eine Verbesserung der unmenschlichen Haftbedingungen durchzusetzen.

Bei einer ganzen Reihe der Gefangenen ist inzwischen mit der Zwangsernährung begonnen worden. Um diese künstliche Ernährung gegen den Widerstand der Betroffenen durchführen zu können, wurden z.T. schon vorbeugend Verträge mit Ärzten abgeschlossen, die zu dieser Maßnahme bereit sind. Denn nicht nur die Mehrheit der Ärzteschaft, sondern auch viele Anstaltsärzte lehnen die Zwangsernährung ab. Tatsächlich ist diese Maßnahme unter Umständen lebensgefährlich — 1981, beim letzten kollektiven Hungerstreik der politischen Gefangenen starb Sigurd Debus an den Folgen der Zwangsernährung.

Inzwischen haben relativ viele Menschen die Bundesregierung bzw. die entsprechenden Behörden aufgefordert, die Forderungen der Hungerstreikenden nach Zusammenlegung in großen Gruppen, Aufhebung der Kommunikationssperre in Bezug auf Besuche, Briefe und Bücher, nach freier politischer Diskussion und Information endlich zu erfüllen. Der Vorsitzende des Republikanischen Anwaltsvereins, Holthaus, forderte, daß die sogenannten Terroristengesetze, insbesondere das Kontaktsperregesetz, endlich abgeschafft werden.

Aber die Bundesregierung, die Bundesanwaltschaft und andere maßgebliche Vertreter des Staatsschutzes denken nicht daran, nachzugeben. Sie nutzen die Anschläge in der letzten Zeit, um erneut die Propagandalüge von den „ungeheuren Gefahren für die Republik" aufzublasen, gegen die der sogenannte Rechtsstaat die „Zähne zeigen" muß. Nichts zeigt deutlicher, worauf sie hinaus wollen, als die immer wiederkehrenden Beteuerungen von Rebmann — aber auch NRW-Innenminister Schnoor hat sich in dieser Richtung geäußert — daß der Staatsschutz genau wisse, daß bisher nur zufällig keine Menschen zu schaden gekommen seien, daß Mordanschläge, z.B. auf ranghohe Politiker aber mit großer Wahrscheinlichkeit geplant seien usw. usf. In diesem Zusammenhang erklärte BKA-Chef Becker mit — auf dem Hintergrund des Hungerstreiks — geradezu unglaublichem Zynismus: „Die RAF ist wie eine Hydra. Man schlägt ihr die Köpfe ab, und es wachsen wieder neue".

Der Staatsschutz ist also offenbar auch diesmal bereit, Tote in Kauf zu nehmen — um ein Exempel gegenüber den Gefangenen und dem sogenannten Widerstand zu statuieren und um der Öffentlichkeit wieder einmal zu „beweisen", daß eine Gefahr für die Demokratie nur von links kommen kann.

Der große Durchbruch?

Relativ große Unterstützung kam für den Hungerstreik der Gefangenen auch aus der „Bewegung". Fast täglich wurden in der letzten Zeit Anschläge — unterschiedlicher Größenordnung — auf Einrichtungen der NATO und von Rüstungskonzernen gemeldet. In den Bekennerbriefen dazu heißt es, daß diese Anschläge die „Einheit in der Front gegen Imperialismus und NATO" beweisen sollen. Es ist die Rede von „der Offensive, die hier zum Durchbruch für den Widerstand führen soll", von „der Vorstellung, daß wir — Widerstand, Guerilla und kämpfende Gefangene — mit vielfältigen Angriffen zusammen den Durchbruch schaffen können, hier in der BRD zur revolutionären Gegenmacht zu werden."

Offensive? Durchbruch? Natürlich, Rebmann mit seinem Gerede von der „ungeheuren Gefahr für den Rechtsstaat" scheint den Widerständlern Recht zu geben. Scheint. Denn zwischen der Zweckpropaganda des Staatsschutzes und der Realität klafft doch ein erheblicher Unterschied. Schlagzeilen in der Presse und auch die Härte der Repression sind noch lange kein Beweis für politische Wirksamkeit. Die RAF ist seinerzeit gescheitert, weil ihre politische Strategie falsch war. Daß es für die Betroffenen schwer ist, dieser Tatsache ins Auge zu sehen, ist verständlich. Aber es ist noch lange kein Grund, genauso weiterzumachen.

Solidaritätsbrief an die politischen Gefangenen

Aus Hamburg erhielten wir den hier im Wortlaut veröffentlichten Solidaritätsbrief an die politischen Gefangenen, die sich gegenwärtig im Hungerstreik befinden. Der Brief wurde bisher unterzeichnet von: Antifa-Bündnis Hamburg, Anti-NATO-Gruppen, Frauen gegen Bevölkerungspolitik, BI Altona, „Schwarzmarkt, Karo-Ini, Runter-mit-der-Rüstung-Gruppe, Jobben-Laden, Wendland-Koordination Hamburg, KPD Hamburg.

Seit dem 4.12.1984 befinden sich bis heute 35 politische Gefangene in der BRD im unbefristeten Hungerstreik.

Seit Jahren verschärft der Staat gerade gegenüber diesen Gefangenen die ohnehin menschenunwürdigen Haftbedingungen: „Gehirnwäsche durch totalen Trakt, Zwangspsychiatrisierung bis zu differenzierter und total überwachter Isolation im sogenannten Normalvollzug. Prügel und Überfälle, Zwangsnarkose und CS-Gas, gynäkologische Körperuntersuchungen unter Gewalt, stundenlange Fesselung von nackten Gefangenen beim Transport, Zwangsernährung und Wasserentzug, (...), Zellenrazzien jeden Tag, mehrmals täglich Durchsuchungen bis auf die Haut, Bunker, tagelange Fesselung auf Pritschen, Schlafentzug, Verhinderung ärztlicher Versorgung. (...) Entzug von Helligkeit durch Sichtblenden tagsüber und von Dunkelheit durch Dauerbeleuchtung nachts, von Umgebung, Luft, Geräuschen, Abwechslung, Farben, Rückzugsmöglichkeiten und Raum für sich selbst, Radio, Büchern, Zeitungen ..., von allem und jedem, was einem Menschen überhaupt entzogen werden kann bis hin zu dem, was ihn vom Tier unterscheidet: der Möglichkeit zur sozialen Interaktion — Abschneiden letzter Briefkontakte, (...) Verbot fast aller Besuche bis hin zu engen Familienangehörigen, (...) Abhören der Gespräche mit unseren Anwälten." (Aus der Hungerstreikerklärung der Gefangenen).

Der ehemalige MAD-Chef, Exgeneral Scherer bezeichnete diese Mißhandlung der Gefangenen als „Zirkusmethode": „Man müsse Gefangene etwa so behandeln, wie Tiere dressiert würden." („Stern" vom 18.10.84).

Mit Einsatz ihres Lebens fordern die hungerstreikenden Gefangenen Haftbedingungen, unter denen sie als politische Menschen überleben können. Sie fordern „Haftbedingungen, wie sie in den Genfer Konventionen als Mindestgarantien gegen Folter und Vernichtung für Kriegsgefangene festgehalten sind:

- Zusammenlegung mit den Gefangenen aus dem Widerstand und allen kämpfenden Gefangenen in großen Gruppen;
- Abschaffung der Einzel- und Gruppenisolation und der akustischen und optischen Ausforschung und Kontrolle;
- Aufhebung der Kommunikationssperre: Besuche, Briefe, Bücher, freie politische Diskussion und Information." (Aus der Hungerstreikerklärung).

Angesichts dieser Haftbedingungen kämpfen die Gefangenen um ihr Überleben.

Wir, die wir gegen unser Leben bedrohende Entwicklungen wie Kriegsgefahr, wachsende Massenarmut, Zerstörung der Umwelt, Isolation und Vereinsamung, Ausbau der Atomindustrie und Totalerfassung der Menschen kämpfen, unterstützen die Forderungen der Gefangenen und verlangen ihre sofortige Erfüllung.

BVG-Entscheidung zur Raketenstationierung:

Allein Sache der Regierung

Kurz vor Weihnachten entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, daß es bei der Zustimmung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen rechtsstaatlich und verfassungsrechtlich gesehen einwandfrei zugegangen sei. Der Kern des 130 Seiten langen Urteils: die Entscheidung über die Stationierung oblag allein der Regierung; der Bundestag hatte in dieser Frage keine Entscheidungsbefugnis.

Worum ging es?

Die Fraktion der Grünen hatte beim Bundesverfassungsgericht dagegen geklagt, daß nicht der Bundestag — per Gesetz — sondern letztendlich die Regierung über die Frage der Stationierung entschieden hatte. In ihrer Klage stützte sich die Fraktion der Grünen auf zwei Artikel des Grundgesetzes: auf Art. 59 Absatz 2, wonach völkerrechtliche Verträge nur dann ratifiziert werden dürfen, wenn ihnen zuvor durch Gesetz zugestimmt wurde und auf Art. 24 Absatz 1, wonach nur per Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden dürfen.

Sieben Richter des Bundesverfassungsgerichts lehnten diese Auffassung ab, nur einer, E.G. Mahrenholz, folgte im wesentlichen der Rechtsauffassung der Fraktion der Grünen.

Zum Artikel 59 Absatz 2

Die Mehrheit der Bundesverfassungsrichter entschied hierzu, daß es sich bei der Zustimmung zum Doppelbeschluß der NATO nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag gehandelt habe, sondern vielmehr um eine einseitige Zustimmung. Und deshalb brauche es nicht nur kein Gesetz, es sei sogar falsch, in einem solchen Fall ein Gesetz zu machen. Warum? Weil dann — so die BVG-Mehrheit — der Bundestag zu Lasten der Regierung gestärkt würde, dadurch aber wiederum das in Artikel 20, Absatz 2 Grundgesetz verankerte Prinzip der Gewaltenteilung verletzt würde. Dabei räumt das BVG durchaus ein, daß es um eine Entscheidung von *„existentieller Dimension"* gegangen sei, daß es dabei auch *„politische Risiken"* gäbe. Aber diese Risiken, so das BVG, seien eben von *„Verfassungs wegen hinzunehmen"*.

Ob es sich bei der Zustimmung zum Doppelbeschluß der NATO **inhaltlich** gesehen nicht doch um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt, ist unter Juristen umstritten. Aber mit solchen Einwänden hält sich die BVG-Mehrheit nicht auf. Auch für uns ist nicht vor allem interessant, ob es sich bei der Zustimmung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen nur inhaltlich oder auch formal um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt oder nicht. Interessant ist vor allem, daß die BVG-Mehrheit aus ihrer Ansicht, daß es sich nicht um einen solchen Vertrag handelt, sofort messerscharf schließt, daß der Bundestag dann auch kein Recht auf die Verabschiedung eines Gesetzes hat. Das aber ist nichts anderes als ein Stück Entmachtung des Bundestages durch das Bundesverfassungsgericht.

Daß das BVG sich dabei auf die Wahrung des Prinzips der Gewaltenteilung beruft, zeigt einmal mehr, daß es bei dieser Gewaltenteilung in der bürgerlichen Demokratie keineswegs darum geht, Machtmißbrauch und Machtkonzentration in einer Hand zu verhindern, sondern vielmehr darum, eigenständige und von der Legislative unabhängige Machtausübung durch die Exekutive, die Regierung, zu ermöglichen und abzusichern.

Der Verfassungsrechtler Dr. Wolfgang Däubler von der Universität Bremen bewertet die Entscheidung der BVG-Mehrheit in dieser Frage folgendermaßen: *„Politisch läuft die Argumentation der Senatsmehrheit auf eine Stärkung der Exekutive hinaus. Die Außenpolitik wird zur Domäne der Regierung erklärt, auf die das Parlament nur einen marginalen Einfluß hat. Das bedeutet eine Stärkung der Mehrheitsmacht, aber auch der Macht der Bürokratie. Für den Bürger rückt das Entscheidungszentrum in noch weitere Ferne."* (DVZ, 4.1.85)

Zum Artikel 24 Absatz 1

Daß es bei der Zustimmung zur Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen um die Abtretung von Hoheitsrechten der BRD geht, wird von der BVG-Mehrheit durchaus zugestanden, wenn es im Urteil beispielsweise heißt: *„Die ... Zustimmungserklärung gestattet den Vereinigten Staaten von Amerika die Freigabeentscheidung über den Einsatz der in Rede stehenden Waffensysteme ..."* Eine Gesetzesentscheidung durch den Bundestag wird aber trotzdem nicht für nötig gehalten.

Warum? Weil, so die BVG-Mehrheit, die Entscheidung über den Einsatz der Raketen zwar letztendlich beim amerikanischen Präsidenten liegt — aber auf der Grundlage der NATO-Verträge und nach Konsultation der anderen Mitgliedsstaaten. Deshalb, so die BVG-Mehrheit weiter, geht es bei der Zustimmung zur Stationierung in Wahrheit nicht um die — neue — Abtretung von Hoheitsrechten an den amerikanischen Präsidenten; vielmehr geht es um die — alte — Abtretung von Hoheitsrechten an die NATO, als deren Organ der amerikanische Präsident zu betrachten ist. Und darüber gibt es bereits gesetzliche Entscheidungen — aus dem Jahre 1955, als die BRD der NATO beitrat. Ein neues Gesetz, so die Schlußfolgerung der BVG-Mehrheit, ist also nicht vonnöten.

Zu dieser Entscheidung erklärte Richter Mahrenholz in seinem Mindereitsvotum: *„Die Konstruktion des Senats läuft darauf hinaus, daß der Gesetzgeber, der Zustimmungsgesetze zum Nordatlantikvertrag und zum Aufenthaltsvertrag im Jahre 1955 die Bundesregierung auf nicht absehbare Zeit ermächtigt* ***hat, in einem von ihr zu bestimmenden beliebigen Umfang*** (Hervorhebung von uns — Red.) *den USA das Recht zur Stationierung und zum Einsatz von Waffen zu übertragen. Dies gilt für alle politischen Lagen, obwohl sie in ihrer Vielschichtigkeit und auch in ihrer Gefährlichkeit für die Existenz des deutschen Volkes nicht abschätzbar sind. Das betrifft auch jede Art von Waffen, also auch diejenigen, die in ihrer Qualität seinerzeit nicht einmal ausdenktbar gewesen sind (Raketen mit je mehreren sich selbst ins Ziel steuernden Gefechtsköpfen oder mit Flugzeiten, die praktisch keine Vorwarnzeit übrig lassen; Neutronenwaffen; Satellitenwaffen und Anti-Satellitenwaffen; binäre chemische Kampfstoffe). Die Ermächtigung umfaßt auch die Inkaufnahme eines möglicherweise gesteigerten atomaren Kriegsrisikos, das im Einzelfall in der Inanspruchnahme dieser Ermächtigung liegen kann."* (FR, 4.1.85)

Für die BVG-Mehrheit ist überhaupt nur eine einzige Situation denkbar, in der der Bundestag in Fragen der NATO-Politik der BRD erneut das Recht und die Pflicht hätte, per Gesetz eine Entscheidung zu treffen — dann, wenn „Angriffsabsichten" der Bundesregierung oder des NATO-Bündnisses bzw. seiner Mitgliedsstaaten deutlich wären. Über solche „Angriffsabsichten" ist dem BVG im Zusammenhang mit der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen aber nichts bekannt geworden (schließlich hat man als Verfassungsrichter was anderes zu tun als Zeitung zu lesen, oder?) und deshalb hat der Bundestag in Sachen Stationierung auch keine Gesetze zu verabschieden.

Da davon auszugehen ist, daß auch in Zukunft weder der amerikanische Präsident noch der Bundeskanzler dem Bundesverfassungsgericht „Angriffsabsichten bekannt machen werden", wenn es um die Durchsetzung neuer Waffensysteme, neuer Strategien oder eben auch um die Entscheidung über militärische Aktionen geht, bedeutet diese Entscheidung der BVG-Mehrheit faktisch tatsächlich nichts anderes als ein militärpolitisches Ermächtigungs„gesetz" für die Regierung. Eine höchstrichterliche Rückendekkung, die die Regierung Kohl/Genscher bereits in nächster Zeit gut gebrauchen kann — wenn es beispielsweise um die Zustimmung zum Airland-Battle-Konzept für die NATO geht.

Schnee von gestern?

Um diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hat es nicht viel Aufhebens gegeben. Niemand hat erwartet, daß ausgerechnet Karlsruhe der Bonner Wende-Regierung Ärger machen würde. Und außerdem: Ist ein Streit über die gesetzgeberische Kompetenz des Bundestages nicht müßig, wenn er — Gesetz hin, Gesetz her — über die Stationierung abgestimmt und ihr mehrheitlich zugestimmt hat?

Nein, er ist nicht müßig. Denn wenn ein System, das sich im wesentlichen dadurch als demokratisch ausweist, daß es auf die politische Macht des vom Volk gewählten Vertretungsorgans, des Bundestages, verweist, zugleich höchstrichterlich klarstellt, daß dieses Organ zu allen Fragen, die NATO (und damit einen erheblichen Teil der gesamten Außenpolitik) betreffend heute nichts mehr zu sagen hat, dann ist es keineswegs müßig, darüber nachzudenken.

Dieser Streit ist insbesondere auch für Linke — außerhalb, aber auch innerhalb des Bundestages — nicht müßig. Als es seinerzeit um die Durchführung der vond en Grünen im Bundestag als Gesetzentwurf vorgeschlagenen konsultativen Volksbefragung wegen der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen ging, da war das Hauptargument der linken sozialdemokratischen Abgeordneten gegen eine solche Volksbefragung, daß dadurch die Autorität des Bundestages unterminiert werden könne. Nach dieser Entscheidung des BVG müssen sich diese Abgeordneten noch entschiedener der Frage stellen als damals: Welche Autorität? Denn nach der Entscheidung des BVG ist völlig klar: der Bundestag als Verfassungsorgan hat in Fragen der NATO-Politik keine Autorität. Und was für den Bundestag als Organ gilt, gilt für die einzelnen Abgeordneten erst recht. Autorität gegenüber der Regierung gibt es für sie nicht kraft Verfassung und Rechtsstaat, sondern nur kraft des Volkes, das sie vertreten sollen — sofern sie bereit sind, diese politische Kraft zu mobilisieren, versteht sich.

Kommentar

Die Nachfolger

Für Hitler ist heute, bald 40 Jahre nach Kriegsende, kaum noch einer, der in der Politik Rang und Namen hat. Für Hitler sind auch Dregger, Hupka und Czaja nicht.

Dregger, für den der 8. Mai für die vielleicht „größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte" steht; Hupka, für den Schlesien „rein rechtlich nach wie vor den Deutschen gehört"; Czaja, der den Bonner „Verzichtlern" vorhält, daß Bonn zur Anerkennung der polnischen territorialen Souveränität in den „aus der Zugehörigkeit zu Deutschland entlassenen Gebieten" nicht verpflichtet sei.

Denn Hitler hat etwas getan, bzw. hat sich etwas antun lassen, was diese und andere Großdeutsch-Nationale ihm niemals verzeihen werden — er hat den Krieg verloren, hat sich besiegen lassen.

Das ist es, was Alfred Dregger ihm vorwirft, wenn er hinsichtlich des 8. Mai erklärt „Katastrophen kann man nicht feiern" und mit den „Katastrophen" nicht etwa die Massenmorde in den KZs und die millionenfachen Verbrechen der Hitler-Armee meint, sondern — die Neufestlegung der Grenzen in Europa und — man höre und staune — die deutsche Teilung (die bekanntlich von Dreggers eigener Partei maßgeblich mitbetrieben wurde.)

Hupka undCzaja gehen noch einen Schritt weiter: mit dem Motto für das diesjährige Schlesiertreffen am 17. Juni „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser" und dem, was Hupka und Czaja dazu in den letzten Tagen kommentierend von sich gegeben haben, fordern sie unverhohlen wie selten zuvor eine Revision der deutsch-polnischen Grenze.

Was sie sagen, ist nichts anderes als die Aufforderung zur — zunächst noch politisch gemeinten — Intervention in Polen. Was bedeutet es anderes, wenn Czaja von einer „Schutzpflicht für Deutsche", von der nötigen „Wahrung berechtigter Interessen Deutschlands" in Polen spricht und Genscher auffordert, die Unterhaltung „normaler diplomatischer Beziehungen" zu Polen an diesbezügliche Bedingungen zu knüpfen?

Gegen die unverhohlen revanchistischen Forderungen Czajas und Hupkas gab es aus Bonn Proteste. Gegen Dreggers revanchistische Stimmungsmache nicht. Denn revanchistische Stimmungsmache will die Regierung Kohl/Genscher durchaus. Dafür läßt Kohls Parteifreund Ernst Albrecht jetzt in Niedersachsen gerade einige Millionen lockermachen, die dem Bau eines schlesischen und eines ostpreußischen Museums dienen sollen. Was sie nicht will, ist ein offen ausgesprochenes Infragestellen der deutsch-polnischen Grenze. Denn das gefährdet die Ostpolitik, und zwar nicht nur gegenüber Polen. Und das ist geschäftsschädigend und paßt deshalb — jedenfalls gegenwärtig — der Regierung nicht in den Kram.

Ein Anlaß, der Regierung eine grundsätzliche Achtung vor den bestehenden Grenzen in Europa abzunehmen, ist es deshalb noch lange nicht. Im Gegenteil. Die Einigekit unter den Wendepolitikern darüber, daß das deutsche Volk am 8. Mai nicht etwa den Sieg über den Hitler-Faschismus zu feiern, sondern der „Niederlage" zu gedenken habe, ist alarmierend genug.

Die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik, alle, die für die Erhaltung des Friedens eintreten und verhindern wollen, daß insbesondere von deutschem Boden noch einmal ein Krieg ausgeht, müssen deshalb dafür kämpfen, daß antirevanchistische Tatsachen geschaffen werden. Dazu gehört in erster Linie die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und die Anerkennung der DDR. Dazu gehört die Streichung des Wiedervereinigungsanspruchs aus der Präambel des Grundgesetzes, die Annullierung des Gesamtdeutschen Ministeriums, die Auflösung der sogenannten Erfassungsstelle für sogenannte Unrechtstaten in der DDR usw. Dazu gehört aber auch die Auflösung der Vertriebenenverbände sowie aller anderen Organisationen, die ihre Existenz auf einen revanchistischen Anspruch gründen. An der Bereitschaft, für die Schaffung solcher antirevanchistischer Tatsachen einzutreten, muß insbesondere auch die Entspannungspolitik der SPD gemessen werden. Empörung über besondere Auswüchse des Revanchismus wie das Motto des diesjährigen Schlesiertreffens allein ändert gar nichts.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Diffamierung

Genossen,
Im RM Nr. 50/84 ist ein Leserbrief „Sozialismus" von A.S. aus Bielefeld abgedruckt, der u.a. die Sozialistische Volksrepublik Albanien in arroganter und überheblicher Weise diffamiert. Wörtlich: „Mir erscheint eine Kritik an der idiotischen Sexualethik der Albaner z.B. notwendig."

Als Marxisten wissen wir, daß der Kernpunkt der sexuellen Ethik immer noch die Anerkennung der Persönlichkeit im Geschlechtspartner ist. Und wohl in keinem anderen Land der Welt wurde in den letzten Jahrzehnten das Volk so konsequent im Sinne dieses Grundsatzes erzogen wie in Albanien. Wer bedenkt, daß Albanien vor 40 Jahren noch ein halbfeudalistisches Land mit starkem islamischen Einfluß war, wer weiß, welche unterdrückte, mißachtete, demütigende Stellung die Frau hier einnahm und die heutige Lage der Frau im sozialistischen Albanien damit vergleicht, der kann als ehrlicher Mensch nur Hochachtung empfinden.

Genossen Redakteure! Es ist sicherlich A. S.'s persönliche Sache, die kapitalistische Sexualethik in Form von Bordellen, männlicher und weiblicher Prostitution, Pornografie (neuerdings sogar Kinderpornografie), Mißachtung und Ausbeutung der Frau, also die Vorherrschaft eines Geschlechts vorzuziehen oder aber z. B. das Verbot der Sodomie für eine „Verengung und Dogmatisierung des Marxismus" zu halten, doch kann sich eine kommunistische Zeitung nicht mit einer Verleumdung Albaniens identifizieren. Das aber tut ihr, indem ihr solche Leserbriefe abdruckt.

Die kommunistische Presse — und der „Rote Morgen" zählt sich ja wohl dazu — sollte die ideologische Waffe der Partei, also der KPD sein. Ihre Aufgabe ist es, Einfluß auf das Denken und Fühlen der Menschen zu nehmen. Folgedessen muß der RM auch den falschen Ansichten in Leserbriefen — wenn er diese abdruckt — den richtigen Standpunkt der Partei entgegenstellen, insbesondere dann, wenn es den diffamierenden Angriff auf ein Bruderland, eine Bruderpartei betrifft. Doch leider ist es ja nicht das erste Mal, daß solches im „Roten Morgen" geschieht. Wen wundert es da, wenn die KPD — im Gegensatz zu anderen marxistisch-leninistischen Parteien — zu den Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Befreiung Albaniens nicht mehr eingeladen wurde. Offenbar bahnt sich nach der Bonner nun auch eine Dortmunder Wende an. Wohin sie in ihrer Konsequenz führen wird: Zur Auflösung der Partei oder ihrem Aufgehen in der 4. trotzkistischen Internationale.

Waltraud Aust

Unverständlich

Liebe Genossen!
Zunächst einmal alles Gute zum neuen Jahr. **Mein Brief bezieht sich auf den Artikel des Genossen Horst-Dieter Koch im RM 50/84'** Daß mein Brief so lang geworden ist, liegt an den zahlreichen mich überraschenden und teilweise schockierenden Punkten des Artikels. Ich möchte meine Meinung zu diesem Artikel in mehreren kurzen Aussagen zusammenfassen:

1. Ist der „Rückgriff auf die ‚Klassiker' — Klassiker sogar in Anführungszeichen — denn etwas Schlechtes für die KPD? Mir ist unklar, wieso das ‚Fragestellungen abzublocken' dient, wenn man das richtig macht und nicht mit Zitaten um sich wirft, um andere zu erschlagen. Auf wen soll sich die KPD denn sonst beziehen? Muß der große „Klassiker" noch geboren werden, oder ist er vielleicht schon da?

2. Mir unverständlich, was mit „auch eine politische, psychische und kulturelle Komponente" gemeint ist. Vor allem „auch" politische Komponente; welche Komponenten gibt es denn noch, wenn „ein derartiger Umschwung in der Massenstimmung der Arbeiter einsetzt"?

3. Ebenso unklar ist mir die Aussage, es habe „die sozialistische Propaganda ihre Fähigkeit verloren, die in der Arbeiterklasse vorhandene und wachsende Kritik am Kapitalismus produktiv aufzugreifen". Mal abgesehen davon, daß das im Widerspruch zu dem steht, was Genosse Koch etwas vorher schreibt: „daß ... im allgemeinen auch Ideologie und Politik der Reaktion ihren Einfluß in der Arbeiter- und Angestelltenschaft ausweiten konnten"; mal abgesehen davon; hier ist ja nicht davon die Rede, daß die sozialistische Propaganda keinen Einfluß unter den Arbeitern hätte, sondern sie habe die „Fähigkeit" verloren. Das klingt so, als ob die „sozialistische Propaganda" keine Möglichkeit mehr habe, gegen die Propaganda der Bourgeoisie und der Revisionisten mit ihrem „real existierenden Sozialismus" revolutionär vorzugehen.

4. Der Marxismus-Leninismus kann in seiner Politik keine Trennung zwischen Form und Inhalt machen. Nun ist aber in dem Artikel unter der Zwischenüberschrift „Eine Kritik der revisionistischen Länder, die zu kurz greift" zu lesen: „Aber die politischen Formen, die wir beschreiben, waren in Wirklichkeit weitgehend identisch mit **dem, was in den Augen der Kolleginnen und Kollegen in der DDR** Realität ist"; und weiter oben: „teilweise haben wir in unserer Kritik der revisionistischen Länder diese Vorbehalte in der Arbeiterklasse indirekt" — wieso „indirekt"? — „bestätigt". Das ganze klingt so, als ob die KPD bisher gar keinen richtigen Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt habe, im Gegenteil, sie habe durch ihre Politik die Vorbehalte gegen den Revisionismus so behandelt, daß unter den Arbeitern die Einstellung gegen den Kommunismus gestärkt wurde. Das läuft aber darauf hinaus zu behaupten, die KPD habe im Grunde eine revisionistische Politik betrieben.

5. Was in dem Artikel unter der Zwischenüberschrift „Oktoberrevolution contra Pariser Kommune?" folgt, wird meines Erachtens in einem Leserbrief in der gleichen Nummer des RM im Prinzip auch gesagt, nur offen, während der Artikel sich hütet, Namen zu nennen. In besagtem Leserbrief wird die Entartung der Sowjetunion offen dem Genossen Stalin in die Schuhe geschoben, wird er des Bürokratismus und anderer Scheußlichkeiten mehr bezichigt. (Das alles, ohne daß die Redaktion dazu Stellung nimmt). So heißt es in dem Artikel: „Diese Dogmatisierung und Verengung der marxistischen Theorie in der Frage der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus mündete schließlich in einer direkten Revision des Marxismus". Etwas vorher werden in diesem Zusammenhang Genossen **wie Dimitroff und Stalin (als Führer der dritten Internationale)** auch der „Dogmatisierung und Verengung" bezichtigt. Im Teil davor war schon einmal von „Dogmatisierung und Verengung" die Rede, allerdings bezog sich das auf die Politik der KPD bezüglich der Kritik am modernen Revisionismus. Also heißt das: Politik der dritten Internationale dogmatisch und verengt und Politik der KPD bisher dogmatisch und verengt.

6. Und nun steht da weiter unten etwas von „Rechtfertigungslehre **der bestehenden Verhältnisse**". Es bleibt völlig unklar, auf wen und auf wann sich das beziehen soll. In dem Zusammenhang, in dem das geschrieben steht, läßt sich das unter anderem auch auf Stalin beziehen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die Äußerung vom „„totalen Staat" auch auf Stalin bezogen ist.

7. Weiter unten wird dann der „staatliche Zentralismus" der „Selbstverwaltung der Arbeiterklasse" gegenübergestellt. Ich muß gestehen, der Begriff „Selbstverwaltung der Arbeiterklasse" ist mir bisher nur aus dem titoistischen Jugoslawien bekannt. Was das hier bedeuten soll und warum es dem staatlichen Zentralismus gegenübergestellt wird, ist mir überhaupt nicht erkenntlich.

8. „Die Möglichkeit der legalen Existenz und Tätigkeit verschiedener politischer Parteien"; auf wen bezieht sich das denn? Etwa auch auf bürgerliche Parteien? Sollen etwa Parteien wie CDU, SPD oder FDP nach einer siegreichen sozialistischen Revolution in Deutschland weiter bestehen können? Das kann doch wohl nicht wahr sein.

9. „Staatliche Unterdrückungsapparate". Das steht hier so, als ob im Sozialismus ein Widerspruch bestehen muß zwischen dem Staatsapparat und den Massenkämpfen der Arbeiter. Wieso heißt es denn Diktatur des Proletariats? Das bedeutet doch, daß sich die Arbeiterklasse ihres Staatsapparates bedient, um die Ausbeuterklassen zu unterdrücken. Wie kann denn ein sozialistischer Staatsapparat funktionieren, wenn er sich nicht verbindet mit den Massenkämpfen der Arbeiter? Das Gegenteil ist doch das, was z. B. in der DDR passiert, wo der Staatsapparat nicht die Ausbeuter unterdrückt sondern die Arbeiter; das ist dann aber auch kein Sozialismus mehr.

10. Die Sowjetunion sei nie über das hinausgekommen, „was Lenin als Teil des damals unvermeidlichen **Rückzugs begriffen hat". Damit wird klar gesagt, die Sowjetunion sei** auch unter Stalin bei dem einmal notwendigen Rückzug, der NÖP, stehengeblieben und habe sich nicht weiterentwickelt. Abgesehen davon, daß das hier keineswegs im Artikel belegt wird, ist das für mich die bisher weitgehendste Kritik gegen Stalin, die je im RM gestanden hat.

1. Der Widerspruch zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung leuchtet mir überhaupt nicht ein. In einem wahrhaft sozialistischen Land kann doch eine Verstaatlichung der Betriebe nur der Mehrheit des Volkes — also der Gesellschaft — dienen; was dann demgegenüber eine „Vergesellschaftung" darstellen soll, kann ich mir nicht vorstellen. Auch hier wird wieder ein Widerspruch zwischem dem sozialistischen Staat und dem Volk konstruiert.

12. Sollen denn die ehemaligen Ausbeuterklassen unter der Diktatur des Proletariats, als sozialistische Staatsform der Arbeiterklasse, mit teilhaben an dieser sogenannten „Vergesellschaftung"? Denn ein Teil der Gesellschaft sind die ehemaligen Ausbeuter im Sozialismus ja. Vergesellschaftung kann ich mir eigentlich erst im Kommunismus vorstellen, wenn kein Staat und keine Klassen mehr bestehen.

13. Und nun zur Rolle der Partei. Da steht in dem Artikel, die Rolle der Partei unter der Diktatur des Proletariats müsse „überdacht" werden. Auf der Vorderseite des RM stehen ja die Köpfe von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Und gerade Lenin und Stalin haben sehr umfangreich über eben diese Rolle der kommunistischen Partei geschrieben. Das scheint jetzt wohl für die KPD nicht mehr zu gelten, denn diese Rolle muß ja „überdacht" werden. Der Artikel distanziert sich wohl auch von dem, was in Albanien praktiziert wird. Es ist ja bekannt, daß die Albaner stets die Einheit zwischen Partei, Staat und Volk propagieren und hochhalten. Was will dem der Genosse Koch eigentlich entgegensetzen? Was will er eigentlich „überdenken"?

14. „Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates, sie bezieht sich stets auf die Masse der Arbeiter, auf die Klasse"; wenn die Arbeiterklasse die Macht im Land hat, wenn sie den Sozialismus aufbaut, dann muß sie auch den Staatsapparat in der Hand haben. Wenn die Arbeiterklasse mehrheitlich hinter der kommunistischen Partei steht, dann wird auch die kommunistische Partei den Staatsapparat führen. Was für ein Sozialismus soll das denn sein, wenn nicht die kommunistische Partei — sondern vielleicht eine andere Partei? — die Führung im Staatsapparat hat?

15. Im Artikel liest man ziemlich am Ende, daß die Grundlage der KPD nicht „einfach" der wissenschaftliche Sozialismus ist sondern „daß sie eine besondere Strömung des Marxismus" vertritt. Bisher berief sich die KPD stets auf den Marxismus-Leninismus. Ist das auch eine „besondere Strömung" des Marxismus?

16. Als Zusammenfassung des ganzen Artikels möge noch das folgende Zitat gelten, daß nämlich „ihr" — gemeint ist wohl die Einheit der revolutionären Sozialisten — „besonderer Traditions- und Entwicklungszusammenhang eine Verengung und Dogmatisierung des Marxismus und eine Abkoppelung von der Massendiskussion in der Arbeiterklasse begünstigt hat und daß es diese Verengung und Dogmatisierung des Marxismus aufzubrechen gilt". Und der Verfasser des Artikels betont vorher ausdrücklich, „und wir nehmen unsere Partei dabei keineswegs aus". Dann war wohl die KPD bisher ein dogmatischer Zirkel wie viele andere auch und hat sich nicht für die Ziele des Marxismus-Leninismus eingesetzt und für die sozialistische Revolution.

Der Artikel wurde nun auch im Theoretischen Organ der KPD abgedruckt. Ich meine jedoch, dadurch wird er auch nicht besser.
H. Z., Berlin

Wundern ...

Liebe Genossen!
Wie liebten wir als Kinder die sogenannten Wundertüten, in denen man/frau Plastikindianer oder Automodelle fand. Mit fortschreitender Militarisierung, auch im Kinderzimmer, hat sich auch der Inhalt der „Wundertüten" geändert. In der Anlage übersende ich ein paar Beispiele, aus den „Heinerle"-Wundertüten. Hier werden die aggressiven NATO-Waffen, wie die Lance-Rakete, den Kindern als „Hüter des Friedens" verkauft. Über diese Tüten kann man/frau sich wirklich nur wundern.
D.H., Flensburg

Provinz-Notiz

Liebe Genossen!
(...) Nun noch eine kleine Notiz aus der Provinz: Zu einer Nicaragua-Demonstration in Schwäbisch Hall (die nächstbessere Stadt in meiner Gegend), malte ich ein Plakat mit der Karikatur von der US-Freiheitsstatue und Dagobert Duck, der geldgierigen Comicfigur. Auf diesem Plakat besorgte es Dagobert Duck der Statue von hinten. Darüber stand in roten Lettern: „Fuck yourself at home", darunter stand: „Yankee piss off!" Alle, die auf dieser Demonstration waren, amüsierten sich drüber. Nur nicht eine kleine Gruppe von grün bekleideten Männchen — die Polizei. Geradezu schüchtern schlich sich einer dieser Burschen an mich 'ran und erklärte mir, ich würde mir eine Anzeige für dieses Plakat einfangen. Offiziell wegen „Beleidigung einer fremden Macht". Dies beflügelte mich geradezu, mein Plakat den Yankees am Tor ihrer Kaserne (Dolan-Barracks), vor ihre Ketchupbirnen zu halten. Die Solidarität meiner Mitdemonstranten war hervorragend. Auch der Demonstrationsleiter, der bei einem Aufbauprojekt in Nicaragua war, stimmte ein in unseren Chor: „Haut dem Yankee auf den Nabel, daß ihm wird ganz miserabel". Nach einer kurzen Ansprache eines Genossen der FSLN aus Nicaragua, verminten wir die Einfahrt symbolisch mit Papptellern, auf denen alle US-Schweinereien standen. Unsere grünen „Freunde und Helfer" waren so verblüfft, daß sie dauernd in der Gegend 'rumfunkten, weil sie nicht wußten, was da wohl zu machen sei.

Von zunächst ca 100 Leuten auf der Kundgebung waren wir noch, nach einem Marsch zur Kaserne, ca. 20 Leute. Beteiligt an der Kundgebung waren DKP-Genossen, MLPD-Genossen, Jusos, Grüne und Parteilose. Das entspricht auch der Zusammensetzung in dieser Gegend an linken Organisationen. Einige Genossen der DKP kamen kurz mit ihren Fahrzeugen zur Kaserne, verschwanden aber bald wieder. Die Genossen der MLPD begnügten sich mit der Kundgebung in der Innenstadt von Schwäbisch Hall. Von Anfang bis Ende der Demonstration blieben nur Parteilose, eine ehemalige Genossin und ein ehemaliger Genosse des KBW an der Stange. Das mag ja nichts bedeuten, es gehört schon ein bißchen Mut dazu, sich vor eine amerikanische Kaserne zu stellen, den Anspruch revolutionär zu sein, dann aber nur kurz vorm Kasernentor zu erscheinen oder aber sich nur auf der Kundgebung sehen zu lassen, erweckt in mir, als einfachem Arbeiter, den Eindruck von Wirtshaus- und Kaffeehaussozialisten. Über die weitere Entwicklung einer Anzeige werde ich euch informieren. Vielleicht fragt ihr euch wie ich auf die KPD gekommen bin, wo in dieser Gegend keine einzige Verbindung zur Partei besteht. Ich habe '83 irgendwie mal den „Roten Morgen" in die Hände bekommen, hab mich dann durch einen Blätterwald von verschiedenen Parteien und Organisationen geschlagen, mußte aber feststellen, daß der Rote Morgen mir am meisten zusprach. Gut finde ich auch die Beilagen zu den Publikationen von BWK, FAU/A ..., ebenfalls die Diskussionsbereitschaft der KPD. Macht weiter so!

Nur eins stört mich: Ich würde lieber Rosas Konterfei vorne sehen, als Josef seins. Mehr davon in einem anderen Brief. Denkt an die Pariser Kommune bei der Programmdiskussion. Laßt uns dort wieder anknüpfen, wo unsere gefallenen Kämpfer in den Novembertagen aufhören mußten, damit ihr Tod nicht umsonst war!
L. F., Satteldorf

Beschämend

Betr.: Schenken macht Freude
Ich finde diese Werbung für Spenden **beschämend!**

Abgesehen davon, daß unsere Partei überhaupt den Weihnachtsrummel zum Anlaß nimmt, um praktisch als Konkurrenzunternehmen der Geschäfte Werbung für Spenden zu machen, finde ich Sätze wie: „Schenkt uns echtes Geld, wo ihr doch so reichlich davon habt, wo das viele Weihnachtsgeld eingetroffen ist. Sicher, wir lieben auch die **kleinen Scheine und die blauen, aber am meisten freuen wir uns immer noch über den braunen Riesen. Überweisung massenhaft erbeten auf Konto ..."**

Die Partei braucht Spenden! Wir sind eine kommunistische Partei. Wer ist da drin oder Sympathisant?? Vielleicht lauter wohlhabende Mittelständler, die im Grunde auf ein Weihnachtsgeld auch verzichten könnten?? Nein, wenn dann sind das in erster Linie Menschen, die aufgrund der verschärften Wirtschaftslage auch ihr Weihnachtsgeld dringend brauchen. Das heißt nicht, daß die Partei nicht um Spenden bitten soll, aber so, als hätten die Arbeiter die braunen Riesen massenhaft über???!!! So nicht!

Richtig ist es, die Tatsache, daß es Weihnachtsgeld gegeben hat, aufzugreifen, um um Spenden zu bitten, aber doch mit der Begründung, daß die Partei von keiner staatlichen Institution oder solchen wie Flick unterstützt wird, sondern sich **nur** durch die finanzielle und aktive Unterstützung der Mitglieder und Sympathisanten hält. Und das, weil die Partei sich unzweifelhaft für die Errichtung der Arbeitermacht einsetzt.

Jeder normale Arbeiter sagt, wenn er eine solche Spendenaufforderung liest: Haben die ein Rad ab, meinen die, wir haben die blauen und braunen Scheine in Massen um uns herumliegen? Und das will eine Arbeiterpartei sein?

Hier kann man nur sagen: Gut, daß der RM noch nicht von sehr vielen Arbeitern gelesen wird.

Zusammenfassend: **Beschämend!**
Eine Genossin aus Kiel

PS: Ich finde es unbefriedigend, daß ihr seit längerem zu den abgedruckten Leserbriefen keine Stellung nehmt. Ihr habt euch doch bei euren Artikeln etwas gedacht, also müßt ihr bei Kritiken auch etwas dazu sagen bzw. sagen können. Aus welchem Grunde macht ihr das seit längerem nicht mehr???

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen im Jahre 84 noch folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für den Roten Morgen	
J.H., Coburg	10,—
P.K., München	500,—
U.F., Gelsenkirchen	12,—
H.L.W., Köln	30,—
insgesamt	**552,—**

Damit sind in 1984 7600,95 DM an Spenden für den RM bei uns eingegangen.

Spenden für die KPD	
KPD Duisburg	605,—
KPD Witten	55,—
KPD Gelsenkirchen	180,—
KPD Recklinghausen	30,—
B.K., Stuttgart	2000,—
Umzug Tübingen	100,—
H.J.St., Bremen	1000,—
R.H., Hamm	1200,—
KPD Westfalen-Lippe	65,—
KPD Niedersachsen	62,—
W.H., München	100,—
KPD Westberlin	55,—
J.P., Bremen	40,—
H.Sch., Bremen	40,—
KPD Hessen	260,—
T.Th., Bielefeld	1200,—
L.U., Bad Salzuflen	1200,—
Insgesamt	**8092,—**

Damit sind für die KPD insgesamt 38604,07 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für die britischen Bergarbeiter	
KPD Mainz	300,—
R.E., Recklinghausen	100,—
KPD Recklinghausen	20,—
Zelle HH-Altona	100,—
H.K., Osnabrück	200,—
KPD Ruhr	300,—
Insgesamt	**1020,—**

Damit sind für die britischen Bergarbeiter insgesamt 7835,10 DM an Spenden bei uns eingegangen.

Allen Genossinnen und Genossen herzlichen Dank.

Zur Diskussion um die Leserbriefe

Die Zuschriften an den Roten Morgen belegen es eindeutig: die Leserbriefseite gehört zu den meistgelesensten Seiten unserer Zeitung. Sie ist aber zugleich auch die in den Leserzuschriften am meisten kritisierte.

Kritisiert wird zumeist, daß bestimmte Leserbriefe überhaupt abgedruckt werden bzw. daß ihr Abdruck nicht von einer „richtigstellenden" Stellungnahme der Redaktion bzw. der Parteiführung (Politbüro oder Zentralkomitee) begleitet wurde.

Selbstverständlich geht es dabei stets um Leserbriefe, deren Inhalt die betreffenden Genossinnen und Genossen für falsch, unmarxistisch, kleinbürgerlich, revisionistisch usw. halten: Kritiken an Positionen der albanischen Genossen bzw. an Verhältnissen in der SVR Albanien oder an Stalin bzw. den Verhältnissen in der Sowjetunion unter Stalins Führung etwa haben die Rufe, die Leserbriefseite „politisch sauber" zu halten, besonders laut werden lassen.

Die gegenwärtige Praxis ist bekanntlich so, daß der Rote Morgen jeden Leserbrief abdruckt. Dem liegt ein entsprechender Beschluß des letzten Zentralkomitees zugrunde. Ursprünglich war beabsichtigt, daß alle Leserbriefe von der Redaktion per Post beantwortet werden, und daß jeder RM-Leser die Möglichkeit hat, Kopien dieser Antworten anzufordern. Es hat sich herausgestellt, daß die Redaktion diesen Arbeitsaufwand nicht bewältigen konnte. Seit langem werden Leserbriefe von der Redaktion deshalb nur noch in Ausnahmefällen beantwortet.

Abgedruckt aber werden nach wie vor alle Leserbriefe — ungekürzt. Natürlich kann eine Situation eintreten, in der diese Praxis sich als nicht länger durchführbar erweist: wenn uns so viele Leserbriefe erreichen, daß die reservierte Seite nicht mehr ausreicht, um sie alle zu veröffentlichen. Dann müßten wir über die Frage eventueller Kürzungen oder anderer Maßnahmen nachdenken. Derzeit ist das aber nicht notwendig. Jeder Leserbriefautor kann beanspruchen, daß sein Brief auch veröffentlicht wird, wenn es auch unter Umständen in einer oder zwei Ausgaben dauert.

In eigener Sache, nämlich als Mitglied der Parteiführung, gesprochen: natürlich führt diese Regelung auch zum Abdruck von Leserbriefen, die einem nicht in den Kram passen. Da denke ich oft: was soll denn diese in der Sache reichlich falsche, im Ton unerträglich arrogante Kritik an einem Buch des Genossen Enver? Oder: muß es denn wirklich se ', jetzt auch noch diese Frage in so provokativer und unbedachter Form aufzuwerfen, wo die Parteidiskussion für meinen Geschmack bereits ausreichend kompliziert ist? Da drängt sich hin und wieder der heimliche Wunsch, den einen oder anderen Brief unter den Tisch fallen zu lassen, durchaus auf.

Also: die geltende Leserbriefregelung ist in erster Linie ein Recht der Mitglieder und Freunde der Partei, durch das sie die politische Diskussion in der Partei und im Umfeld der Partei stärker mitbeeinflussen können und nicht, wie manche Genossinnen und Genossen in ihren Zuschriften unterstellen, eine Ausweitung der Einflußmöglichkeiten des Zentralkomitees oder des Politbüros.

Die Leserbriefseite selbst macht das deutlich: es melden sich überwiegend Genossinnen und Genossen zu Wort, denen der Kurs des Zentralkomitees — sei es in der Flick-Affäre, in der Sozialismus-/Programm-Diskussion oder in der Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten — nicht paßt. Das ist auch normal und verständlich; denn Unzufriedenheit bietet in der Regel mehr Anlaß, aktiv zu werden, als relative Zufriedenheit.

Übrigens hätten diese Genossinnen und Genossen, soweit es sich um Mitglieder unserer Partei handelt, auch die Möglichkeit, ihre Meinung über das parteiinterne Diskussionsorgan zu verbreiten; denn jedes Mitglied unserer Partei hat das Recht auf parteiinterne Veröffentlichung einer bis zu 300 Schreibmaschinenzeilen langen Stellungnahme zu einem beliebigen Problem der Parteidiskussion. Wenn sich dennoch mehr Genossinnen und Genossen für die Leserbriefseite des Roten Morgen entscheiden, hat das einleuchtende Gründe: der Aufmerksamkeitswert der RM-Leserbriefseite ist weit höher als der des parteiinternen Organs, die Auflage auch, der Abdruck erfolgt im Roten Morgen viel schneller, weil das parteiinterne Organ durchschnittlich nur vierteljährlich erscheint.

So weit, so gut. Nur: ganz konsequent ist es natürlich nicht, sich auf eine Regelung einzuschießen, die man selbst — teilweise sogar recht eifrig — in Anspruch nimmt.

Am meisten stört mich an der Argumentation der Kritiker der Leserbriefseite, daß sie eine offene und öffentlich geführte kontroverse Diskussion einerseits tendenziell in Gegensatz setzen zum Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus, andererseits gleichsetzen mit einem Abgleiten in weltanschaulichen Pluralismus.

In Wirklichkeit ergreifen auf der Leserbriefseite aber nahezu ausschließlich Genossinnen und Genosen das Wort, also Menschen, die, ob sie nun Mitglieder der Partei sind oder nicht, die weltanschauliche Grundlage der Partei, den wissenschaftlichen Sozialismus, teilen.

Es geht also gar nicht darum, daß reihenweise bürgerliche Ideologen im Roten Morgen zu Wort kommen, sondern darum, daß einige Genossinnen und Genossen die Auffassung vertreten, daß, wer Kritik an Stalin übt oder wer eine von einem trotzkistischen Autor formulierte Kritik an der sowjetischen Entwicklung interessant findet, unmöglich Marxist sein kann, daß die Parteiführung darum unverzüglich den Bannstrahl gegen derartige Leserbriefe schleudern muß.

In der Parteidiskussion hat sich seit geraumer Zeit aber eine andere Auffassung herausgebildet: wir bemühen uns heute um den Zusammenschluß all jener in einer Partei, die eine politische Revolution der Arbeiterklasse zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft und zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse anstreben, die den Kapitalismus beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft wollen, die die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern ablehnen. Das bedeutet, daß in dieser Partei nicht nur unterschiedliche Positionen in taktischen Fragen, sondern auch unterschiedliche Beurteilungen etwa der Stalin-Frage möglich sein müssen, daß die garantierte freie Auseinandersetzung um derartige Fragen unverzichtbar zur Grundlage der Einheit in dieser Partei gehört; denn sonst werden diese Fragen (Stalin und die sowjetische Entwicklung unter seiner Führung, Mao und die Kulturrevolution, die detaillierte Einschätzung der Verhältnisse in der DDR usw.) automatisch zu Fragen der Spaltung und der Begründung für entsprechend zahlreiche revolutionäre marxistische Organisationen.

Kurz: eine Partei, die die Einheit der revolutionären Sozialisten auf ihre Fahne geschrieben hat, muß die Leserbriefseite verkraften.

Horst-Dieter Koch

Solidarität mit den britischen Bergarbeitern!

Zu Besuch in „König Arthurs" Palast ...

Der folgende Reisebericht aus England, den wir in dieser und der nächsten Ausgabe des Roten Morgen auszugsweise veröffentlichen, stammt von einer Oldenburger Gruppe. Drei Arbeitslose und vier ASTA-Mitglieder machten diese Fahrt nach South Yorkshire, dem „Kernland" des Streiks. Hans, ASTA-Mitglied, schickte uns diesen Bericht, den sie zu einer Broschüre ausarbeiten wollen, zu. Wer sich dafür interessiert: Die Autoren sind auch bereit, im norddeutschen Raum zu Solidaritätsveranstaltungen mit Bericht, Dias oder Super-8-Film beizutragen.

„Hier vorne die Straße links, die nächste wieder links, und dann könnt ihr auf der rechten Seite den Club schon sehen, steht groß dran." Ein einsamer Fußgänger beschreibt uns in der Morgendämmerung den Weg zum Miners Welfare Club von Silverwood, einem Vorort von Rotherham in Yorkshire. Dort sollen wir uns mit unserem LKW melden, war uns von der NUM mitgeteilt worden.

So kurz vor dem Ziel packt mich stets eine Unruhe — eine spannende Unruhe über das, was einen erwartet. Wie wird es dort sein, wie wird man uns behandeln, kurz, was passiert jetzt?

Der Miners Welfare Club ist schnell gefunden, ein längliches Gebäude, das im Wechsel zwischen Nacht und Morgen nicht sonderlich einladend aussieht. Hoffentlich ist um diese Zeit — es ist gegen 7 Uhr — schon einmand da! Die Tür ist auf alle Fälle offen, wir kommen in einen Vorraum. Linker Hand scheint eine Art Büro zu sein, jedenfalls stehen dort Schreibtisch, Telefon und ein paar altersschwache Stühle; ein paar Leute drehen sich nach uns um und wir berichten, weswegen wir hier so reinschneien.

Etwas hilflos, doch sehr freundlich wird unser Bericht aufgenommen. Anscheinend hat die NUM-Zentrale einfach vergessen, die Gewerkschaft am Ort zu informieren, jedenfalls weiß niemand was von uns. Da sie aber auch nicht wissen, was sie mit uns anfangen sollen, telefonieren sie erst mal, indessen wir uns im Haus umschauen.

So ein Welfare Club ist eine soziale Einrichtung von Arbeitern für Arbeiter einer Fabrik — Kneipe, Treffpunkt, Veranstaltungslokal, die Arbeiter bleiben auch in der Freizeit unter sich, die Klassenzusammengehörigkeit wird „gepflegt"; mensch nennt das hier eine „closed community", was mensch in diesem Falle am besten mit „verschworene Gemeinschaft" übersetzt.

Daß es so etwas früher auch in Deutschland gab, beweist ein Relikt wie das „Alhambra" in Oldenburg, das früher der Gewerkschaft und, später, der KPD zu ähnlichen Zwecken diente.

Zurück nach Silverwood. Neben dem Büro gibt es noch einen großen Versammlungsraum, der gleichzeitig als Kneipe dient. Rechts vom Eingang befindet sich ein Pool-Billard von wenigstens dreifacher üblicher Größe, mit schön gedrechselten Holzbeinen, der wohl schon seit den Gründertagen dieses Clubs hier steht. Ein paar Bergarbeiter sind im Raum und unterhalten sich, unterbrechen ihre Diskussion auch nicht, als wir reinkommen. Wir sind es ja gewohnt, Fremde zuerst anzustarren.

Ein paar Telefonate und mehrere Zigaretten später heißt es, wieder in die Fahrzeuge zu steigen. Zunächst fahren wir nach Barnsley, dem Sitz der NUM-Region South Yorkshire. Drei Engländer fahren voraus. Plötzlich hält der Wagen vor uns auf freier Strecke. „Dort vorne ist Cortonwood, die Zeche, auf der der Streik ausbrach. Wollt ihr mal hingehen?" Natürlich wollen wir! Unsere erste Konfrontation mit dem britischen Klassenkampf — wir wollten ja was mitkriegen. Also stiefeln wir los, zusammen zehn Mann und Frau hoch. Vorbei an zwei Pigs — so heißen die noch ganz liebevoll „Bobbies", wenn man sie dort im Einsatz sieht, ist Pig, Schwein, wirklich der angebrachte Name.

Offiziell dürfen vor bestreikten Betrieben in Britannien lediglich sechs Streikposten stehen — ein Teil der reaktionären Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung dieser ältesten Demokratie der Erde. Damit sie nicht frieren, haben sich die offiziellen Streikposten eine phantasievolle Hütte aus Holzabfällen gezimmert, mit einem Ofen und Sitzgelegenheiten drinnen. Vor der Tür steht ein geschmückter Weihnachtsbaum in einem Kübel, Parolen an den Wänden, gegen Streikbrecher und Bullen. Die Zeche selbst ist sowenig zu sehen wie der Förderturm, denn die Zufahrtsstraße führt hinter einen Hügel.

In der Hütte ist es gemütlich warm, wir reden ein wenig mit den Streikposten. Keine fünf Minuten später sind ein paar Polizeikombis mit etwa 30 Bullen vorgefahren. Sie kommen her, wollen wissen, was wir hier machen, „no photos", wie in Brokdorf oder an der Startbahn West. Kein Wunder — hier ist doch dasselbe Gesellschaftssystem. Während der Weiterfahrt drängen sich mehrere Polizeifahrzeuge zwischen unsere Autos; nach einiger Zeit überholen sie.

Unser Ziel ist eine Bürgervilla aus dem letzten Jahrhundert in Barnsley, Sitz des NUM-Regionalverbandes, ihres burgartigen Aussehens wegen und weil hier Arthur Scargills Aufstieg begann, im Volksmund auch „King Arthur's Palace" genannt. Das Büro im Erdgeschoß wird von zwei überdimensionalen Schreibtischen beherrscht. Die Bilder ehemaliger NUM-Vorsitzender der Region hängen an der Wand, eine Regionalkarte, in die alle Bergwerke eingezeichnet sind, steht auf dem Boden, vier, fünf Telefone auf dem Tisch. Ein Gasofen, mit einer Kohleattrappe bedeckt, verbreitet wohlige Wärme. Endlich gibt es Tee, das erhoffte Frühstück bleibt leider aus.

Mehrere Gewerkschaftsfunktionäre stehen um die Telefone am anderen Ende des Raums; auch sie sind von unserer Ankunft überrascht, eigentlich hätten sie heute drei Wagen aus Münster erwartet, von uns wußten sie nichts. Auch hier wird eine Weile telefoniert und diskutiert, dieweil wir Tee trinken — eine Wohltat nach der durchgefahrenen Nacht. Von dem, was gesprochen wird, bekommen wir nicht allzuviel mit, der Dialekt ist einfach zu stark und für unsere Ohren, die in der Schule an Oxford-Englisch gewöhnt worden sind, unverständlich. Endlich ist die Beratung abgeschlossen — unsere Unterkunft wird bei Rotherham sein, der Gerechtigkeit halber wird allerdings die Hälfte unserer Ladung in den nördlichen Bezirk transportiert, wo Kleidung und Spielzeug genauso dringend gebraucht werden wie hier.

Zusammen mit den drei Kollegen aus Silverwood, die uns diesen Vormittag begleiten, fahren wir dann nach Kellingley, einer Bergarbeitersiedlung nördlich Doncaster. Dort befindet sich die größte Zeche in South Yorkshire, mit 2100 Bergarbeitern. Die Produktivität ist die höchste in Europa, die Flöze können bis zu 2 m Mächtigkeit erreichen. Mit der Kohle aus dieser Zeche wird eines der größten Kohlekraftwerke Europas befeuert, die Drags Power Station.

Der Miners Welfare Club ist geräumig, mit einem ca. 400 Personen fassenden Saal mit Bühne, weiteren Räumen, in denen sich jetzt ein Verpflegungszentrum der NUM befindet — dort werden Lebensmittelpakete für die Bergarbeiterfamilien zusammengestellt —, einer Werkstatt und einer Sportanlage mit Umkleidekabinen. Alles von den Arbeitern selbst unterhalten, macht es jetzt, nach 10 Monaten Streik, einen heruntergekommenen Eindruck.

Der Sprecher der Kellingley NUM Branch, der Gewerkschaftsgruppe dieser Zeche, erzählt denn auch, daß sie am und im Gebäude nichts mehr machen können, weil kein Geld mehr da sei, ja, daß sie diesen Club im Januar werden schließen müssen, weil sie ihn nicht länger unterhalten können.

Im Club befindet sich die Streikküche der NUM, ab vier Uhr morgens gibt's Tee und Kaffee für die Flying Pickets, die fliegenden Streikposten, von 7 bis 10 Uhr Frühstück und von 11 bis 16 Uhr Mittagessen für alle Bergarbeiter und deren Familien. Zwischen 400 und 500 Mahlzeiten werden hier pro Tag ausgegeben, deren Zubereitung in einem winzigen, fensterlosen Abstellraum erfolgt. Auf der Bühne sind schon Kleiderspenden aufgehäuft, unsere werden dazugelegt. Besonderer Mangel scheint an Schuhen zu herrschen, denn diese Kartons werden sofort von den Anwesenden nach passenden Paaren durchwühlt. Glänzende Augen sind da zu sehen und für uns ein erstes Gefühl der Befriedigung darüber, daß unsere Spendensammlung für die Menschen hier von Nutzen ist.

Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege
Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital" von Karl Marx vertraut sein.
Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus
Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
Termine 23.—29. September 1985
4.—10. November 1985
Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM
Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom .... bis ....
an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen

Name.................... Vorname ....
Anschrift ....
Beruf .... Unterschrift ....

FRAUENSEMINAR

Zum § 218
Referate und Diskussionen zu: Geschichte des § 218, Familien- und Sozialpolitik der Wenderegierung (unter dem Aspekt § 218), Selbstbestimmungsrecht der Frau im Sozialismus, Aktionsmöglichkeiten, Gewerkschaften.
Unkostenbeitrag: 25,— DM
Anmeldung an: Frauenabteilung der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 jeweils in 4600 Dortmund 30
Anmeldeschluß: 17. Januar 85
Termin: Wochenende 26. und 27. Januar 85

Brennpunkt Zentralamerika

Südafrika und Israel mischen mit:
Terror in Guatemala

Unter dem Titel „Guatemala: Unheilige Verbündete" veröffentlichte das „Palästinena Bulletin", das Nachrichtenblatt der Informationsstelle Palästina einen Artikel über die Verwicklungen Israels und Südafrikas in das Terrorregime Guatemalas. Der Artikel ist eine Übersetzung einer Arbeit aus „Africasia" von November 1984.

Der Artikel ist nicht nur interessant, weil er eine weitgehend unbekannte Seite der internationalen Unterstützung des Terrorregimes von Guatemala beleuchtet. Wir veröffentlichen diesen Artikel auch, um zu zeigen, welche Praktiken diese beiden Staaten, Israel und Südafrika — trotz ihrer oft beschworenen internationalen Isolierung — durchführen. Daß beide Staaten, der zionistische, wie der rassistische südafrikanische Lieblingspartner der westdeutschen Wirtschaft und hier vor allem der Rüstungsindustrie sind, ist ein weiterer Grund, den von der Informationsstelle Palästina enthüllten Sachverhalt weiter breit bekanntzumachen.

Tel Aviv und Pretoria stellen Hilfe zur Verfügung, um das reaktionäre Regime in Guatemala in die Lage zu versetzen, die Bevölkerung in den Griff zu bekommen. Washington wird damit von dieser schmutzigen Arbeit entbunden.

Südafrika hat sich jetzt darin Israel, Taiwan, Süd-Korea und natürlich den Vereinigten Staaten angeschlossen, Techniken der Aufstandsbekämpfung in den ländlichen Gebieten Guatemalas anzuwenden. In einem kürzlich erschienenen Bericht heißt es, daß Südafrika die guatemaltekische Armee bei einem Wiederansiedelungsprogramm für indianische Einwohner des nord-westlichen Hochlands berät, in den Provinzen El Quiche und Huehuetenango. Sie sollten in 40 sogenannten „Modell-Dörfern" angesiedelt und vom Kontakt mit der Guerilla-Bewegung abgeschnitten werden. Dieses Programm ist offensichtlich dem US-amerikanischen Plan der „strategischen Dörfer" nachempfunden, der in Vietnam und mit ebensowenig Erfolg in Mozambique und Rhodesien, dem heutigen Zimbabwe, angewendet wurde.

Guatemaltekische Offiziere besuchten Berichten zufolge Anfang letzten Jahres Südafrika und Namibia, um die südafrikanische Technik der Aufstandsbekämpfung zu studieren, die darin besteht, die Guerillas der SWAPO von der Unterstützung durch die örtliche Bevölkerung abzuschneiden. Das Interesse und die Involvierung Pretorias so weit vom eigenen Kriegsschauplatz entfernt, scheint auf den ersten Blick überraschend: Es waren die Israelis, die bisher Programme unter der bäuerlichen Bevölkerung Guatemalas durchführten. Taiwan, das wieder enge Verbindungen zu Südafrika und Israel unterhält, ist ebenso beteiligt wie Süd-Korea. Es ist jedoch die militärische Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel, die anscheinend zu einer Konvergenz gewisser Techniken der Aufstandsbekämpfung und — bis zu einem gewissen Grade — zu deren Austauschbarkeit geführt hat.

Die militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika ist bekannt. Erst 1967 aber wurde der Kontakt hauptsächlich auf die Diamantenindustrie beschränkt. Dann, 1970, nahm die militärische Zusammenarbeit in größerem Umfang mit dem Export elektronischen Know-Hows und Ausrüstung durch Israel ihren Anfang. 1971 boten die Israelis an, drei südafrikanische Kriegsflugzeuge zu ersetzen, die zerstört worden waren, und 1973 besuchte General Van Den Bergh, der ehemalige Chef des südafrikanischen Geheimdienstes Israel, und 1976 kam Premierminister John Vorster nach Israel. Ein gemeinsames Komitee wurde gebildet, dem die Verteidigungsminister beider Länder angehörten. Seit dieser Zeit ist die Zusammenarbeit ausgeweitet worden und erstreckt sich nun auf den Kauf konventioneller Waffen, Atomforschung, Entwicklungsprogramme und auf die Technik der Aufstandsbekämpfung.

In dieser letzten Zeitperiode wurde Israel sehr eng in die Kriege im südlichen Afrika verwickelt. Einige Israelis waren zwischen 1975 und 1976 und im Jahre 1981 beteiligt. Es gab Hinweise darauf, daß Israelis UNITA-Einheiten in Walvis Bay, Namibia, ausbildeten. Im Dezember des Jahres reiste Verteidigungsminister Ariel Sharon für 3 Tage nach Südafrika und Namibia. Sein Besuch schloß auch eine Reise in die Gebiete ein, in denen man „operierte"; dort redete er vor südafrikanischen Truppen.

Es überrascht nicht, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten immer herzlicher wurden. Im Mai diesen Jahres flogen Mitglieder der südafrikanischen Fallschirmspringer Vereinigung nach Israel, um ihre Kollegen aus anderen Teilen der Welt zu treffen. Unter den Südafrikanern befand sich ein Generalmajor und ein Söldner, die am Putschversuch auf den Seychellen teilgenommen hatten. Alle wurden in der israelischen Knesset empfangen.

Der zionistische Staat war lange in Mittelamerika involviert, wo er als Hintermann der Vereinigten Staaten fungierte, so daß immer, wenn internationaler Druck die Waffenlieferungen aus den USA für rechts gerichtete Regime begrenzte, Israel die Differenz ausgleichen konnte. Nachdem US-Präsident Carter 1977 ein Embargo für Lieferungen an Guatemala ausgesprochen hatte, stieg Israel ein und wurde schnell der einzige Waffenlieferant. In dieser Zeit äußerte sich der Junta-Chef folgendermaßen über israelische Soldaten: „Wir sehen sie als Vorbild und Beispiel an".

Später erweiterte der jetzt aus dem Amt entfernte Diktator Rios Montt die Verbindungen, und sein Generalstabschef konnte Israel „unseren wichtigsten Waffenlieferanten und besten Freund" nennen. Auf israelischer Seite wurde der profitable Waffenverkauf an andere „ausgestoßene" Staaten verführerisch, und die Vereinigten Staaten wurden aufgefordert, diesen Anteil am Markt Israel allein zu überlassen. Im guatemaltekischen Bürgerkrieg, der durch Kontrolle der Bevölkerung unter Einsatz hoher Technologie gekennzeichnet war, schien der Profit gewiß.

Israelische Elektronik

Zusammen mit Kriegsmaterial haben die Israelis Ausrüstung zur elektronischen Überwachung und militärische Ausbilder geschickt, von denen man annimmt, daß sie sich immer noch in Guatemala befinden. Im Dezember 1983 wurde in den Vereinigten Staaten darüber berichtet, daß 300 israelische Militärberater in Guatemala waren, die an Aktivitäten teilnahmen, die den Gebrauch von Elektronik für militärische Zwecke und andere Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung einschlossen.

Im November 1981 wurde eine Militärakadamie für Elektronik und Nachrichtenübermittlung eröffnet, mit dem israelischen Botschafter in Guatemala als Ehrengast der Zeremonie. Die Schule ist die einzige ihrer Art in Lateinamerika, und die Studenten spezialisieren sich auf Chiffrierarbeiten, Abhördienst und auf Eingreifen durch Radiosendungen. Im April diesen Jahres sprengten Guerillas das Computerzentrum der Armee in der alten Militärakademie, die mit Hilfe der Israelis wiedereröffnet worden war und die die wichtigste Geheimdiensteinrichtung der Armee darstellte.



In Guatemala regiert der Terror. Wer verdächtig ist, zur linken Opposition zu gehören, muß täglich damit rechnen, umgebracht zu werden. Nicht nur hinter den Gefängnismauern, auch auf offener Straße wird hemmungslos exekutiert.

Unter den israelischen Gesellschaften, die jetzt in Guatemala arbeiten, befindet sich die TARDIRAN ELECTRONICS, eine Tochter der KOOR INDUSTRIES, von deren Aktien 45 Prozent von der US-GENERAL TELEPHONE AND ELECTRONICS gehalten werden. Im September letzten Jahres bewarb sie sich um die Lizenz, 2 Jahre in Guatemala arbeiten zu können, um elektronische Anlagen aufzubauen und zu vertreiben. Das Hauptprodukt der Gesellschaft ist offensichtlich ein tragbarer Sender, der in der Lage ist, eine große Anzahl von Informationen in kurzen Zeiträumen zu übermitteln; man kann über seine Anwendung nur Vermutungen anstellen. Wieder ist die südafrikanische Connection gegenwärtig: die Gesellschaft hat mit der südafrikanischen CONSOLIDATED POWER einen großen Trust gebildet, der auf Militärelektronik und Computer spezialisiert ist.

Eine weitere israelische Spezialität in Guatemala ist ein Programm, das durch die Abteilung für Zusammenarbeit und auswärtige Verbindungen des Verteidigungsministeriums in Tel Aviv geleitet wird. Diese Abteilung hat ein Netzwerk von Sozialleistungen wie Jugend- und Bauprogramme und militärisch-landwirtschaftliche Projekte des Typs, der in den besetzten Gebieten der Westbank mit Hilfe der Militärs aufgebaut wurde. Die Projekte umfassen Siedlungen und kooperative Bauernhöfe für Flüchtlinge. Ein ähnliches Modell wurde in Bolivien, Ecuador, El Salvador und anderen südamerikanischen Staaten angewendet. Deshalb gewährte Israel 1978 insgesamt 50 Stipendien für Studien in kooperativen Bauerhöfen und landwirtschaftlichen Kooperativen, von denen eine Anzahl guatemaltekischer Offiziere profitierte.

1979 vergab das „CENTRE FOR STUDIES ON COLONIZATION IN ISRAEL" Stipendien an offizielle Vertreter des guatemaltekischen NATIONAL INSTITUTE OF AGRARIAN TRANSFORMATION (INTA). INTA ist in einer Reihe von sogenannten Konfliktregionen engagiert, einschließlich der Provinzen El Quiche und Huehuetenango, wo, wie man heute weiß, Südafrikaner operieren. Die Absicht hinter den militärisch-sozialen Hilfsprojekten ist einem israelischen Verfechter dieser Einrichtung zufolge, „ein konstruktives Bild der Streitkräfte aufzubauen".

Die Parallelen zum SOUTH AFRICAN CIVIL ACTION PROGRAMME (CAP) sind klar und sind wahrscheinlich auf denselben Strategen für Aufstandsbekämpfung zurückzuführen. CAP ist Teil einer Aufforderung „die Herzen und Hirne" der örtlichen Bevölkerung „zu gewinnen", während man Krieg gegen sie führt. Nach Angaben des Führers der SOUTH WEST AFRICAN TERRITORIAL FORCE (SWATF), Generalmajor Charles Lloyd, beabsichtigt man „durch administrative und sozio-ökonomische Goodwill-Aktionen, die Unterstützung und Zusammenarbeit der örtlichen Bevölkerung zu sichern".

Bei der Durchführung des Programms werden Bedienstete des Militärs zu nicht-militärischen Dienstleistungen herangezogen — aber immer offen als Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte —, um dieses „konstruktive Bild" aufzubauen. Sie werden von anderen Abteilungen der Regierung oder von den Führungen der verschiedenen Bantustans unterstützt, wo sie in allen Bereichen arbeiten, auch auf dem Bildungs- und Landwirtschaftssektor. Die betroffenen Soldaten werden immer aufgefordert, Uniform und Waffen zu tragen. In den Worten Lloyds ist die Idee „das Bild des Soldaten als eines Mannes der Tat aufzubauen, der aber trotzdem ein Freund des schwarzen Mannes ist und der vorbereitet ist, ihn zu verteidigen. Wir wollten den nationalen Bediensteten, der den schwarzen Mann unterrichtet, während das Gewehr in einer Ecke des Klassenzimmers steht". Trotzdem scheint das Programm ein fast völliger Fehlschlag zu sein.

Zum Fehlschlag verurteilt

Die Übereinstimmung des Denkens zwischen den Israelis und den Südafrikanern über die Rolle des Soldaten in der zivilen Gesellschaft bei Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung ist erstaunlich. Südafrika hat jedoch zusätzliche Erfahrung auf dem Gebiet der gewaltsamen Vertreibung der Bevölkerung zu vermitteln.

Im vergangenen Jahr wurden mehr als 200000 Schwarze verhaftet, da sie sich „illegal" in dem Teil des Landes aufhielten, der für Weiße bestimmt ist. Viele werden in die Bantustans „überwiesen". Einige ganze Dörfer oder Ansiedlungen werden ausgelöscht und die Einwohner unter Zwang in entlegene Gegenden des Landes umgesiedelt. Wieder werden hochmoderne Computer- und Aufzeichnungstechniken benutzt: Südafrika wird heute als einer der besten Märkte für amerikanische Computer angesehen, wegen des Bedarfs, der aufgrund der Kontrolle der Bevölkerung und der Aufstandsbekämpfung besteht. Wenn diese „Professionalität" bei der Umsiedlung der Bevölkerung auf Guatemala angewendet wird, so scheint der Mißerfolg vorprogrammiert: Südafrikanische Experten für Aufstandsbekämpfung stellen bereits fest, daß die Bedingungen in den Umsiedlungslagern den Rekrutierungsbestrebungen der südafrikanischen Befreiungsbewegungen, dem African National Congress (ANC) helfen. Der ANC hat die Bantustans als Gegenden ins Vesier genommen, in denen versucht werden soll, die ländliche Bevölkerung zu mobilisieren.

Im Falle Guatemalas stellt das militärisch-landwirtschaftliche Programm eine Anstrengung zur Stabilisierung dar, die im Lichte einiger ernsthafter Schläge zu sehen ist, die man im Jahre 1982 unter Diktator Rios Montt der Guerilla-Bewegung zuschrieb. Das guatemaltekische Militär glaubt jetzt, daß es die Situation unter Kontrolle hat. Das Außenministerium der Vereinigten Staaten denkt da aber anders. Es hat kürzlich Reisetips für amerikanische Staatsbürger herausgegeben, in denen das Gebiet erweitert wurde, das „wegen wohlorganisierter Aufstände" als gefährlich angesehen wird. El Quiche und Huehuetenango werden hier besonders hervorgehoben.

Informierten Beobachtern scheint es, daß die Guerillas aus einigen Gebieten vertrieben wurden und jetzt den Dschungel und die Gebirgsbollwerke im Norden, Nordwesten und im Süden besetzt halten, von denen aus sie andere Gebiete angreifen können. Der Krieg hat sich auf mehr als ein Viertel des Territoriums ausgedehnt; die Gebiete, auf die die Beschränkungen zutreffen, liegen alle in den touristisch erschlossenen Gegenden, und Tourismus ist der zweitwichtigste Industriezweig des Landes. Von daher zeitigen die Guerillas Wirkung darin, der nationalen Wirtschaft zu schaden. Die Zusammenarbeit zwischen den „ausgestoßenen" Regimen der Welt ist von daher wahrscheinlich nicht in der Lage, die Situation radikal zu verändern. Stattdessen ist sie noch ein weiterer Hinweis auf das wahre Wesen der guatemaltekischen diktatorischen Herrschaft.

Fünf Jahre danach

Sowjettruppen — raus aus Afghanistan

Der fünfte Jahrestag des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan war im westlichen Ausland, gerade auch in der BRD, allen reaktionären Kreisen willkommener Anlaß, die eigene „Menschenfreundlichkeit" unter Beweis zu stellen. Ob Kohl, Reagan oder Genscher, ob ARD, ZDF oder FAZ — der Tenor war einhellig. Die Verurteilung in der UNO fiel Ende letzten Jahres noch eindeutiger aus als in den Jahren zuvor, und es waren keineswegs nur Handlanger des USA-Imperialismus, die da zustimmten.

In der Tat: Die Lage erscheint zunächst kompliziert. Ein „Freiheitskampf", der von Reagan finanziert wird? Der Bayerische Rundfunk vorbehaltlos hinter Partisanen?

Auf der anderen Seite: Jeder, der für den Abzug der sowjetischen Truppen eintritt ein Lakei oder doch zumindest ein Opfer der USA? Gegen beide Haltunge sprechen Wirklichkeit und Erfahrung.

Einige Anmerkungen zur Sachlage erscheinen nötig. **Zum ersten ist es in der Tat leichtfertig — oder bewußt falsch — von einer „Aprilrevolution" im Jahre 1978 zu reden.** Parteidokumente der sogenannten Demokratischen Volkspartei Afghanistans selbst beweisen, daß die Tätigkeit ihrer Kader sich „aufgrund spezieller Bedingungen auf die Armee beschränkte". Das aber ist das klassische Muster für einen Putsch, nicht aber für eine Revolution. Der Umsturz vor nun bald sieben Jahren war kein Werk einer Massenerhebung, sondern einiger Offiziere und Truppenteile. Daß diese kleine Verschwörerpartei zudem noch tief in sich gespalten war, erschwerte auch noch das Bestreben wenigstens nachträglich Unterstützung zu gewinnen. Ökonomische „Reformen", die sich praktisch negativ für die kleinen Bauern auswirkten, verstärkten den Zulauf der „Rebellen".

Dies war die Lage bereits vor dem sowjetischen Einmarsch. Daß der USA-Imperialismus und andere reaktionäre Kräfte alles in ihrer Macht stehende taten, um eine Umkehrung der Entwicklung zu erreichen, den eigenen Einfluß im seit langen Jahren umkämpften Afghanistan wieder auszubauen ist eine Tatsache. Dies war auch schon vorher der Fall, bekam aber erst durch die Politik der DVPA eine wesentlich breitere Massenbasis.

Zum zweiten ist der sowjetische Einmarsch — der mit im Laufe der Jahre wechselnden Begründungen entschuldigt werden sollte — ja nun **kein einmaliger Betriebsunfall,** sondern paßt in die Konsequenz sowjetischer Außenpolitik seit den 50er Jahren.

Da gibt es die reaktionäre Breschnew-Doktrin, die auch in Hinsicht von Ländern wie Afghanistan ausbaufähig blieb. Da gibt es seit drei Jahrzehnten die Praxis, kleinbürgerliche Regimes solange als „sozialistisch" (oder auch revolutionär) zu bezeichnen, bis sie das Lager wechseln. (Wofür es im arabischen Lager eine Reihe von Beispielen gibt, aber auch in anderen Ländern Afrikas). Und da gibt es, allen Beteuerungen, die UdSSR habe das nicht nötig, immer wieder auch wirtschaftliche Verträge, die imperialistischen Charakter haben, sei es einst das afghanische Erdgas oder die angolanische Fischerei.

Ganz zu schweigen von solchen Begründungen wie, man habe in Afghanistan auch die eigene Sicherheit verteidigen müssen.

Und schließlich stimmt es auch nicht, wenn beide Seiten behaupten, der Widerstand bestünde ausschließlich aus reaktionären Kreisen, Großgrundbesitzern und moslemischen Klerikalen. Sie spielen in der Tat, zumindest in Pakistan, eine zentrale Rolle. Aber daneben gibt es auch andere linke, wenn auch kleine Kräfte, die ebenfalls Widerstand gegen die sowjetische Besatzung praktizieren, ohne US-Waffen, versteht sich.

So schreibt die „Generalunion der Afghanen und afghanischen Studenten im Ausland e.V." in einem Aufruf zum 5. Jahrestag unter anderem:

„Während die reaktionären ‚Führer' im Exil in Reichtum leben, kämpfen in Afghanistan die Söhne der Bauern und Werktätigen unter schwersten Bedingungen. Sie verkaufen ihr Hab und Gut, um Waffen und Munition kaufen zu können. Durch massive und ständige Bombardierung der Dörfer haben sie ihre Existenz fast verloren, aber trotz allem führen sie unter diesen schwierigen Umständen standhaft ihren Widerstandskampf fort.

Im Laufe der 5 Jahre hat das afghanische Volk gelernt, daß man allein mit fanatischen Parolen nicht gegen eine hochmoderne Kriegsmaschinerie kämpfen kann. Sie haben gelernt, daß der starke Feind nur in einem gut organisierten und langwierigen Krieg zum Rückzug aus ihrem Land gezwungen werden kann. Die „Exilgruppen" und Reaktionäre sind trotz aller ihrer materiellen Möglichkeiten nicht in der Lage, das Volk für einen langwierigen Kampf zu organisieren. Diese schwere Aufgabe kann nur von fortschrittlichen, revolutionären Kräften richtig angefaßt und gelöst werden.

Diese Organisationen sind von allen Seiten von reaktionären Kräften umgeben. Die Sozialimperialisten, Imperialisten und ihre Verbündeten gehen gemeinsam gegen diese Kräfte vor. Die Stütze der revolutionären und fortschrittlichen Organisationen sind nur die Arbeiter und Bauern in Afghanistan sowie in der ganzen Welt. Ohne internationale Unterstützung durch die revolutionären Kräfte ist der Sieg des afghanischen Volkes gegen die Invasionstruppen und die Reaktionäre unmöglich."

Die Voraussetzung einer Lösung der schwierigen Lage in Afghanistan, für das Ende der Opfer, die das Volk bringen muß ist, da gibt es nichts daran zu deuten, der Abzug der sowjetischen Truppen. Erst dann besteht überhaupt die Möglichkeit, daß das afghanische Volk selbst entscheidet, was es will. Das ist weder die Garantie für ein unabhängiges noch für ein demokratisches Afghanistan, wohl aber eine Grundvoraussetzung dafür.

Prozeß um Priestermord

Hintermänner?

Der Prozeß gegen die Geheimdienstler in Polen ist, wie er auch immer ausgehen mag, vor allem eines: ein sichtbares Zugeständnis an die noch immer einflußreiche einstige Gewerkschaftsbewegung Solidarność.

Ein solcher „Schauprozeß verkehrt" ist in der Tat einmalig. Während westliche Presse sich drängt, bleiben die für osteuropäische Journalisten reservierten Plätze leer. Die einen versuchen auszuschlachten was geht, die anderen stillzuschweigen.

Auch die Bekundungen Jaruzelskis zeigen, wie eng seine Lage immer noch ist. Sein Konzept von „einmal zuschlagen, dann aussöhnen" ist so bisher noch nicht endgültig aufgegangen. Solidarność wurde zerschlagen, aber eben das ist in breiten Teilen des Volkes, und gerade auch der Arbeiterklasse, bewußt. Die Kirche blieb unangetastet und konnte in der Zeit ihren Einfluß weiter ausbauen.

„Sabotage an unserer Politik" nannte Jaruzelski den Mord an dem Priester Popieluszko. Und das sollte es wohl auch sein. Wer auch immer die Hintermänner der Täter sein sollten, wenn es sie überhaupt gibt, so kann nur das ihr Ziel gewesen sein. Von welchen Standpunkten aus dabei gehandelt wurde, bleibt in hohem Grade bisher der Spekulation überlassen.

Drei Jahre nach Verkündung des Kriegsrechts und dem Verbot von Solidarność ist also das polnische pseudosozialistische System nach wie vor nicht stabilisiert. Jaruzelskis geringe bisherige Konzessionen waren ja auch nicht an die Arbeiterklasse adressiert sondern in erster Linie an Kirche und Privateigentümer. Der Prozeß soll die Geister beschwichtigen, das ergibt sich aus diesem gesamten Sachverhalt.

Nach allem bisherigen Anschein wird es ein „kurzer Prozeß" werden, Jaruzelski hat bereits drakonische Strafen angekündigt. Ob dabei allerdings mehr über die Verhältnisse in Partei und Staat zutage kommt, erscheint sehr zweifelhaft.

Faschistischer Bombenanschlag auf italienischen Schnellzug

Angst und Schrecken verbreiten ...

Der Bombenanschlag vom 23. Dezember auf den Fernschnellzug D 904 im Apennin-Tunnel nach Vernio forderte 15 Todesopfer und weit über 100 Verletzte. Das ganze Verwirrspiel zahlreicher Gruppen, die die „Verantwortung" übernehmen, kann man beiseite lassen — es ist ein Attentat nach klassischem faschistischen Muster.

Nicht hohen Repräsentanten staatlicher Macht oder ähnlichen Leuten, die als Sinnbild und Manager von Unterdrükkung und Ausbeutung gelten können, galt dieser Anschlag. Die Liste der Opfer weist nach, daß es gerade Menschen aus dem Mezzogiorno waren, die oft zu Weihnachten zu ihren Verwandten im italienischen Industriezentrum fahren wollten, die Opfer des Verbrechens wurden.

Blanker Terror mit möglichst vielen Toten — und der Planung nach sollten es ja noch viel mehr werden, denn die Absicht war mit hoher Wahrscheinlichkeit die, daß der Gegenzug aufprallen sollte — das ist eben das klassische Strickmuster faschistischen Terrors. So war es in Bologna im April 1980, als auf dem Bahnhof 85 Menschen starben, so war es bei früheren Attentaten auf derselben Zugstrecke, in Banken und auf Plätzen. 137 Menschen starben seit dem ersten Anschlag dieser Art im Dezember 1969, in fünfzehn Jahren also.

Keine einzige rechtskräftige Verurteilung gibt es im Zusammenhang mit all diesen Verbrechen. Die „schwarze Spur" wie in der italienischen Öffentlichkeit die Untersuchung der Verantwortung faschistischer Gruppierungen genannt wird, blieb stets unverfolgt. Erst im Mai letzten Jahres wurden drei Angeklagte freigesprochen, die neun(!) Jahre vorher eine Bombe, ebenfalls bei Vernio, in den „Italicus" gelegt haben sollen. Und erst vor zwei Monaten wurde der frühere Vizechef des Geheimdienstes Sismi, Piero Musumeci verhaftet, der die Fahndung nach den Schuldigen des Bologneser Attentats bewußt in die falsche Richtung führte. Dieser Musumeci aber war Mitglied der Geheimorganisation Loge „P 2". Die noch längst weder ganz erkannt noch gar aufgelöst ist, wie lange behauptet worden war.

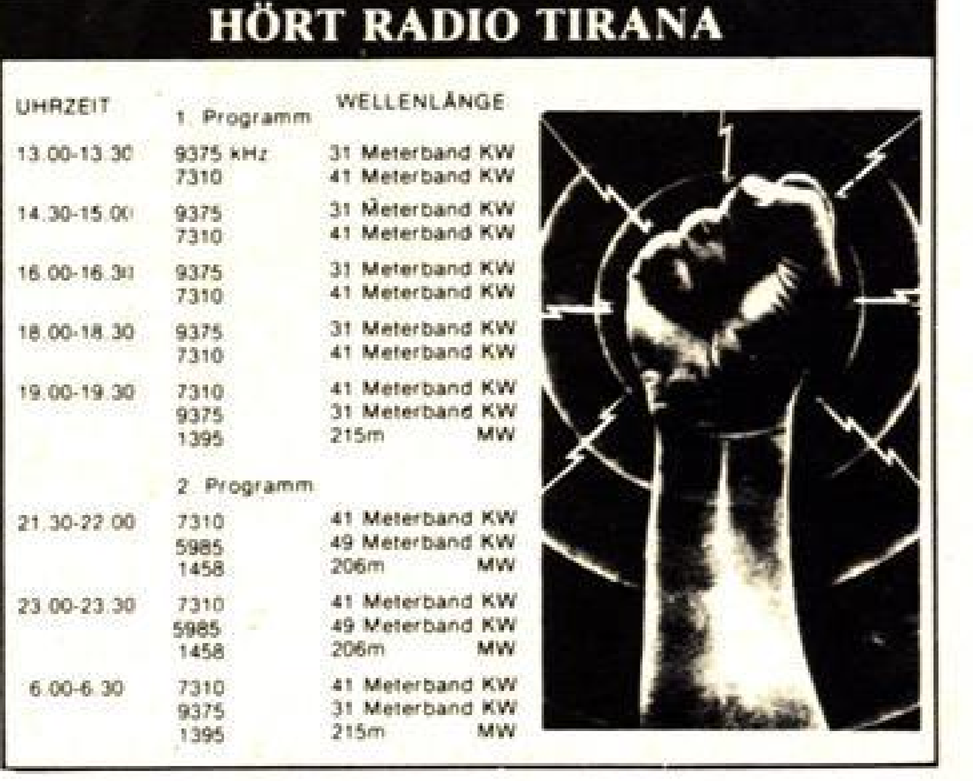
Das hat lange, traurige Tradition — bereits in Folge des ersten dieser Attentate, eben jenem in der Mailänder Landwirtschaftsbank am 12. Dezember 1969, wurde der Anarchist Pirelli von der Polizei „geselbstmordet", später sollte es ein Unfall gewesen sein, ein Fenstersturz. Erst viele Jahre späer wurde ein Gutachten veröffentlicht, in dem es als unmöglich bezeichnet wurde, daß ein Mann mit einer Körpergröße von 1,67 Metern über eine Brüstung von 97 Zentimetern stürzen sollte...

1972 war dann bereits bekannt geworden, daß auch der Geheimagent des SID, Guido Giannettini in den Mailänder Bombenanschlag verwickelt war. Der SID — das war eben jener Geheimdienst, derzu jener Zeit zusammen mit US-NATO-Offizieren einen Putschplan im Falle eines Wahlsiegs der KPI ausgearbeitet hatte.

Verwicklungen von Geheimdienststellen in faschistische Attentate — das ist seitdem beinahe zum Regelfall geworden. Seit der Aufdeckung der Putschistenloge P 2 haben Nachforschungen ergeben, daß auch sie stets — und sei es nur mit Geld — bei solchen Anschlägen eine Rolle gespielt hat. Und deutlich wird auch, daß diese Vorgehensweise, „Strategie der Spannungen" genannt, ihren Ausgangspunkt nahm zu einer Zeit, da sich große Massenbewegungen der italienischen Arbeiterklasse wichtige Reformen erkämpften, wie das Recht zur freien politischen Betätigung im Betrieb und manches andere mehr.

Das ist der Hintergrund davon, daß sich Ministerpräsident Craxi nicht zur Trauerfeier nach Bologna gewagt hat, daß alle Anwesenden prominenten Politiker, außer Staatspräsident Pertini, mit Sprechchören „Heuchler" bedacht wurden. Denn über die Geheimdienste und die Loge sind natürlich auch die verschiedenen Koalitionsparteien der heutigen Regierung, einst wichtige Mitglieder vor allem, an diesen Machenschaften beteiligt. Bettino Craxi nutzte das ganze denn auch in seinem Sinne, als er zur Zusammenarbeit aller, zur Beendigung der Kritik an seiner Regierung aufrief.

Auch der neue KPI-Sekretär Alessandro Natta blieb in der Tradition seiner Partei, als er keineswegs die Zusammenhänge zwischen verschiedenen staatlichen und kapitalistischen Kreisen mit den faschistischen Terrorbanden in den Vordergrund seiner Stellungnahme rückte, sondern die Aufforderung, den „schwarzen Terror" genauso konsequent zu bekämpfen wie die „brigade rosse".



BUCHBESPRECHUNG:

Rolf Gössner/Uwe Herzog

IM SCHATTEN DES RECHTS

Methoden einer neuen Geheim-Polizei, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1984

Die Autoren des Buches „Der Apparat — Ermittlungen in Sachen Polizei“ (erschienen 1983 bei Kiepenheuer & Witsch) legen hiermit ein weiteres Buch vor, das sich mit der Entwicklung der bundesdeutschen Polizei auseinandersetzt.

Unter dem Vorwand, dem überhandnehmenden „organisierten Verbrechen“ wirksam entgegentreten zu müssen, wird die polizeiliche Aufrüstung auf eine neue Stufe gestellt: In zunehmendem Maße weist sie Züge einer der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzogenen Geheimpolizei auf. Die **geheimen Akteure** sind Untergrundagenten, Agents provocateurs (= Lockspitzel), V-Leute, „Zivis“, „Kletten“. Die **geheimen Methoden** bestehen in „operativer Fahndung“ und „verdeckter Ermittlung“, d.h. groß angelegten Lausch- und Spähangriffen, Vorfelderfassung, regelrechten „Verdachtschöpfungs- und -verdichtungsstrategien“: Man wartet nicht mehr, bis eine Anzeige erstattet wird, sondern taucht aktiv in kriminelle oder politisch verdächtige Szenen ein, durchdringt diese in konspirativer Weise, belauscht, observiert und provoziert erforderlichenfalls Straftaten bzw. begeht selbst welche, um das Vertrauen der Szene zu gewinnen und um Angehörige der Szene erpressen zu können. Die **geheimen Mittel** bestehen in der Verbreitung falscher Legenden, Verwendung von Tarnpapieren, Beschaffung konspirativer Wohnungen, im Betreten von Wohnungen unter einem Vorwand (z.B. als Gaszähler), in der Gründung von Scheinfirmen, im Einsatz von optischen und elektronischen Spezialgerät („Wanzen“, Richtmikrophone, Infrarotkameras), d.h. nachrichtendienstlichen Mitteln, die laut Verfassung aufgrund der Erfahrungen mit der Gestapo der Polizei verboten sind.

Die Autoren des Buches, Rolf Gössner (Rechtsanwalt) und Uwe Herzog (Journalist), beide Angehörige der Bremer Bürgerinitiative „Öffentliche Polizeikontrolle“, zeigen an Hand zahlreicher Belege einen spürbaren Wandel des Polizeiapparates und der kriminalpolizeilichen Ermittlungsarbeit hin zu einer immer stärkeren Anpassung an die kriminelle Szene auf, wodurch das angeblich bekämpfte „organisierte Verbrechen“ klammheimlich mitgeschaffen und mitorganisiert wird. Das Buch beginnt mit einer Darstellung des Hamburger Polizeiskandals, wo jahrelang Kriminalpolizei und Unterwelt eine enge Verflechtung eingegangen sind, in deren Verlauf mehrere Polizeibeamte, die versuchten, Licht in dieses Dunkel zu bringen, auf ungewöhnliche Weise aus dem Leben zu scheiden, bis einige besonders korrupte Elemente in der Polizeiführung, die das „Pech“ hatten, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit zu geraten, vorzeitig in den (pensionsberechtigten) Ruhestand versetzt wurden und die ganze Angelegenheit von den verantwortlichen Politikern weitgehend unter den Teppich gekehrt wurde. Natürlich, damit das Vertrauen der Bevölkerung in „ihre“ Polizei keine Knacks erlitte. (Bekämpft wurden mal wieder angebliche Nestbeschmutzer.“)

Aufgezeigt wird, wie sich diese geheimpolizeiliche Entwicklung politisch von der Planung und internen Rechtfertigung über die praktische Umsetzung und verschiedene Legalisierungsversuche bis zu den konkreten Auswirkungen fortbewegt. Deutlich wird dabei, wie diese Methoden **zwangsläufig** zu einer Förderung der Korruption und des Verbrechens führen. Auch die Justiz spielt weitgehend mit, wenn es um die „Abschottung“ von Spitzeln geht, und macht zu Lasten der bezichtigten Bürger aus ordnungsgemäßen Verfahren **Geheimprozesse**. Dies gewinnt Brisanz gerade bei politischen Auseinandersetzungen, die ihre Fortsetzung vor Gericht finden, wobei es darum geht, unangemessene Demonstrationseinsätze, Einschleusung von Under-cover-Agenten zwecks Sammlung von Belastungsmaterial gegen politisch aktive Bürger bis hin zur Anstiftung zu strafbaren Handlungen nachträglich abzusichern. Bisher streng geheimgehaltene Dokumente wie z.B. Schulungsmaterial für polizeiliche Observateure werden ausgebreitet und analysiert. (Verschränken der Arme auf dem Rücken: „Zielperson bleibt stehen.“ / Linke Hand mit abgewinkeltem Ellenbogen in die linke Hüfte stützen: „Zielperson biegt nach links ab.“ / Auffälliges Schauen auf die Armbanduhr; dabei Pfeifen einer Melodie: "Ich muß abgelöst werden." [d.h.: Zielperson hat mich bemerkt oder: Ich muß scheißen gehen usw.] / Beide Arme vor der Brust verschränken, Blickrichtung zur Zielperson: „Zielperson überquert die Straße.“ / Mit beiden Händen die Haare raufen: „Zielperson nicht mehr unter Kontrolle.“)

An Hand eines als „VS (= Verschlußsache) — Nur für den Dienstgebrauch“ gehandhabten Berichts des Bundesdatenschutzbeauftragten an den Bundesinnenminister über die Prüfung der Staatsschutz-Datei beim Bundeskriminalamt wird das Ausmaß der staatlichen Überwachung in diesem Bereich deutlich. Ein wirksamer Datenschutz erweist sich angesichts der Datenschutzberichte von Bund und Ländern aus den letzten Jahren als Illusion. Eine statistische Auswertung von Disziplinar- und Strafermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte zeigt zudem auf, daß der Polizeiapparat kaum kontrolliert wird. Während z.B. von 148 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte nach Hausräumungs- und Demonstrationseinsätzen etwa 99 Prozent (= 146) eingestellt wurden und nur 1 Prozent (= 2) zu einer Anklage führten, war die Anklagequote bei Ermittlungsverfahren gegen Nicht-Polizeibeamte ungleich höher. Sie beträgt generell etwa 40 Prozent (eine Vergleichzahl für Westberlin speziell wird nicht genannt).

Unter den Ratschägen zur Gegenwehr für den betroffenen Bürger (Verhaltensmaßregeln bei Verkehrs- und Personenkontrollen, in Untersuchungshaft, bei Hausdurchsuchungen, bei Vorladungen zur polizeilichen Vernehmung, bei erkennungsdienstlicher Behandlung, bei Postbeschlagnahme und Telefonüberwachung, Tips für Demonstranten, Rechtsbehelfe bei verschiedenen Verfahrensarten, Datenschutzrechte) wird insbesondere auch auf die Tätigkeit der Bürgerinitiativen „Bürger kontrollieren/beobachten die Polizei“ eingegangen, und die bestehenden werden kurz vorgestellt.

Sicher ist es etwas übertrieben, wenn die Autoren das Entstehen zahlreicher Polizeikontroll-Initiativen ihrem Buch „Der Apparat“ als Verdienst zurechnen. Es ist vielmehr ein Ausdruck der Tatsache, wie beunruhigend für zahlreiche Bürger das Ausmaß polizeistaatlicher Entwicklung geworden ist. Man denke etwa an die Entstehungsgeschichte der Nürnberger Initiative, in der sich nach der Massenverhaftung im Nürnberger Kommunikationszentrum und im Verlauf der anschließenden KOMM-Prozesse Eltern der beschuldigten Jugendlichen zusammengefunden haben. Dennoch ist sowohl „Der Apparat“ als auch „Im Schatten des Rechts“ eine wertvolle Unterstützung für die Arbeit solcher Initiativen. (Dies ergibt sich auch aus einem Interview des Nürnberger „Plärrers“ mit Rolf Gössner.) — kadi —

Gefunden von Kurt Tucholsky:

Lieber Leser 1985

Diesen kurzen Text Tucholskys fanden wir zur Jahreswende. Nicht überflüssig, sich ihn zum Neuen Jahr einmal durch den Kopf gehen zu lassen...

Lieber Leser 1985 —!

Durch irgendeinen Zufall kramst du in der Bibliothek, findest diesen Band, stutzt und liest. Guten Tag.

Ich bin sehr befangen: du hast einen Anzug an, dessen Mode von meinem damaligen sehr absticht, auch dein Gehirn trägst du ganz anders ... Ich setze dreimal an: jedesmal muß ich es wieder aufgeben — wir verstehen einander gar nicht. Ich bin wohl zu klein; meine Zeit steht mir bis zum Halse, kaum gucke ich mit dem Kopf ein bißchen über den Zeitpegel ... da, ich wußte es: du lächelst mich aus.

Alles an mir erscheint dir altmodisch: meine Art, zu schreiben, und meine Grammatik und meine Haltung ... ah, klopf mir nicht auf die Schulter, das habe ich nicht gerne. Vergeblich will ich dir sagen, wie wir es gehabt haben, und wie es gewesen ist ... nichts. Du lächelst, ohnmächtig hallt meine Stimme aus der Vergangenheit, und du weißt alles besser. Soll ich dir erzählen, was die Leute aus meinem Zeitdorf bewegt? Genf? Shaw-Premiere? Thomas Mann? Das Fernsehen? Eine Stahlinsel im Ozean als Halteplatz für Flugzeuge? Du bläst auf alles, und der Staub fliegt meterhoch.

Soll ich dir Schmeicheleien sagen? Ich kann es nicht. Selbstverständlich habt ihr die Frage: „Völkerbund oder Paneuropa?“ nicht gelöst; Fragen werden ja von der Menschheit nicht gelöst, sondern liegen gelassen. Selbstverständlich habt ihr fürs tägliche Leben dreihundert nichtige Maschinen mehr als wir, und im übrigen seid ihr genau so dumm, genau so klug, genau so wie wir. Wühle nicht in deinem Gedächtnis nach, in dem, was du in der Schule gelernt hast. Geblieben ist, was zufällig blieb; was so neutral war, daß es hinüberkam; was wirklich groß ist, davon ungefähr die Hälfte, und um die kümmert sich kein Mensch — nur am Sonntagvormittag ein bißchen, im Museum. Es ist so, wie wenn ich heute mit einem Mann aus dem Dreißigjährigen Krieg reden sollte. „Ja? geht's gut? Bei der Belagerung Magdeburgs hat es wohl sehr gezogen ...?“ und was man so sagt.

Ich kann nicht einmal über die Köpfe meiner Zeitgenossen hinweg ein erhabenes Gespräch mit dir führen, so nach der Melodie: wir beide verstehen uns schon, denn du bist ein Fortgeschrittener, gleich mir. Ach, mein Lieber: auch du bist ein Zeitgenosse. Höchstens, wenn ich „Bismarck“ sage und du dich erinnern mußt, wer das gewesen ist, grinse ich schon heute vor mich hin: du kannst dir gar nicht denken, wie stolz die Leute um mich herum auf dessen Unsterblichkeit sind ...

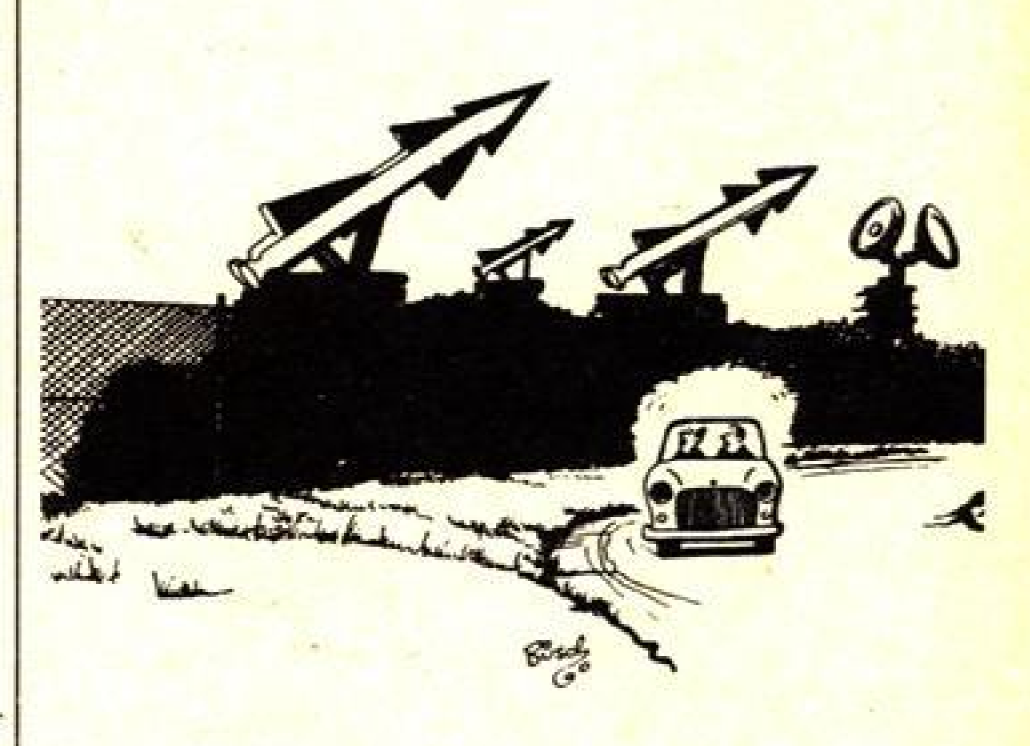
Na, lassen wir das. Außerdem wirst du jetzt frühstücken gehen wollen.

Guten Tag. Dies Papier ist schon ganz gelb geworden, gelb wie die Zähne unsrer Landrichter, da, jetzt zerbröckelt dir das Blatt unter den Fingern ... nun, es ist auch schon so alt. Geh mit Gott, oder wie ihr das Ding dann nennt. Wir haben uns wohl nicht allzuviel mitzuteilen, wir Mittelmäßigen. Wir sind zerlebt, unser Inhalt ist mit uns dahingegangen. Die Form war alles.

Ja, die Hand will ich dir noch geben. Wegen Anstand.

Und jetzt gehst du.

Aber das rufe ich dir noch nach: Besser seid ihr auch nicht als wir und die vorigen. Aber keine Spur, aber gar keine —



„Silvester wird hier in eurer Gegend wohl groß gefeiert?“

Spendenaufruf

wg Frankfurt Appell 25 000,-

Lieber Herr v. Brauchitsch,
diese Eintragung vermissen wir in
Ihrem Notizbuch.
Lieber Herr Horten,
bei uns dürfen sie, denn die Spenden bleiben echt anonym.

Wir bitten Sie und alle anderen Klein- und Großspender und -Spenderinnen, unser Defizit in schwarze Zahlen umzuwandeln.

Der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik hat sehr viel Geld gekostet die bundesweite Koordination nämlich 50.000,- DM. Nur etwa die Hälfte konnte bisher bezahlt werden. Unsere größte Hoffnung, das Kölner Abschlußkonzernt mit M. Demirağ, BAP und Lindenberg und vielen anderen war zwar ganz toll, finanziell konnte sich allerdings dieses Konzernt gerade selbst tragen (700,- DM Gewinn). Wer dies nicht glaubt, schreibe bitte an KO-Büro Frankfurter Appell, Kirchplatz 6a, 6000 Frankfurt 90, er oder sie erhält dann die Abrechnung des Marsches zugesandt.
UNSER KONTO IST NACH ALLEN SEITEN OFFEN:
F. Mühleisen, Marschspende, Stadtsparkasse Ffm.
BLZ 500 501 02 Kto. Nr.:: 106 [illegible] 009

Wir danken schon im Voraus!

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel** 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz : W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schiffweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18, Tel.: (030) 6228474